LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
16. Wahlperiode

Drucksache 16/1676
05. 10. 2012

Unterrichtung

durch die Landesregierung

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Juli 2012

Bericht der Landesregierung

gemäß § 20a Abs. 2 Landeshaushaltsordnung
i. V. m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
über Stand und Ergebnisse der Anwendung des § 6 Absätze 1 bis 3
und den allgemeinen Entwicklungsstand der Instrumente nach § 6 Absatz 5
(Teil A)

gemäß § 7b Abs. 4 Landeshaushaltsordnung
über die Erfüllung der Leistungsaufträge
(Teil B)

sowie

gemäß Beschluss des Landtags vom 18. März 2004,
vgl. Nr. IV der Landtagsdrucksache 14/2890
über den Projektfortschritt der KLR
(Teil C)

zum 31. Juli 2012

Dem Präsidenten des Landtags mit Schreiben der Ständigen Vertreterin des Chefs der Staatskanzlei vom 5. Oktober 2012 übersandt.
Federführend ist der Minister der Finanzen.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 9. Oktober 2012

A. Bericht über die Ausgabenbudgets 3

I. Entwicklungen im Personalbereich 3

1. Ausgabenquote und Ausgabenprognose (Anlage 1) 3
2. Zahlfallentwicklung (Anlage 2) 3

II. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben (Anlage 3) 3

III. Entwicklungen im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen (Anlage 4) 3

IV. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben (Anlage 5) 4

V. Ressortbeiträge (Anlage 6) 4

B. Bericht über die Leistungsaufträge 5

I. Entwicklung der Leistungsaufträge 5

II. Entwicklung der Leistungsaufträge im Einzelnen 6

1. Leistungsauftrag in der Vermessungs- und Katasterverwaltung (Anlage 7) 6
2. Leistungsauftrag in der Steuerverwaltung (Anlage 8) 6
3. Leistungsauftrag der Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Anlage 9) 6
4. Leistungsauftrag im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Förderung (Anlage 10) 7
5. Leistungsauftrag im Bereich Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Anlage 11) 7
6. Leistungsauftrag im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung (Anlage 12) 8
7. Leistungsauftrag beim Landesamt für Geologie und Bergbau - LGB (Anlage 13) 8
8. Leistungsaufträge bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (Anlage 14 bis 19) 8
9. Leistungsauftrag beim Projekt Erweiterte Selbständigkeit von Schulen (PES) – Vertretung von Unterricht (Anlage 20) 9
10. Leistungsauftrag bei der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbständigkeit von Schulen (AQS) (Anlage 21) 9
11. Leistungsauftrag Landesforsten Rheinland-Pfalz (Anlage 22) 9

III. Detailentwicklung 10

C. Bericht über den Projektfortschritt der KLR 11

I. Landesweite Entwicklung 11

1. Einführung der landesweit einheitlichen KLR-Software 11
2. Weitere Entwicklung (Anlage 23) 11

II. Länderübergreifende Entwicklung 12

A. Bericht über die Ausgabenbudgets

I. Entwicklungen im Personalbereich

1. Ausgabenquote und Ausgabenprognose (Anlage 1)

Bis auf den Einzelplan 09 gehen alle Ressorts davon aus, dass sie ihr Personalausgabenbudget zum Jahresende einhalten werden.

Bis zum Stichtag 31. Juli hatten die Ressorts rd. 63,5 % der Haushaltsermächtigungen im Bereich der Personalausgaben (Hauptgruppe 4) für das Jahr 2012 verausgabt.

2. Zahlfallentwicklung (Anlage 2)

Die Zahlfälle sind zum Stichtag 31. Juli gesunken. Sie beliefen sich auf insgesamt 72.181 Zahlfälle (-608,7 Vollzeitanteile ggü. 31.12.2011). Unter Berichtigung der Altersteilzeit sind dies 71.380 Zahlfälle (-828,4 Vollzeitanteile ggü. 31.12.2011). Auch zum 31. Dezember 2012 prognostizieren die Ressorts insgesamt einen weiteren Rückgang auf 72.024 Zahlfälle (ohne Berichtigung der Altersteilzeit).

Aussagen dazu, welche Ressorts wie stark zum Rückgang beigetragen haben, werden durch die Verschiebungen aufgrund des Neuzuschnitts der Ressorts erschwert.

II. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben[1] (Anlage 3)

Die Ressorts gehen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben[1] von Minderausgaben von rd. 59,6 Mio. € (bei rd. 78,7 Mio. € Ausgaberesten) aus; dies bedeutet einen leichten Rückgang der über das Bonussystem übertragenen Reste. Die Vertretung des Landes beim Bund und bei der Europäischen Union, sowie das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur prognostizieren eine Überschreitung der zur Verfügung stehenden Budgets (Erläuterungen der Ressorts s. Anlage 6).

III. Entwicklungen im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen[2] (Anlage 4)

Die Ausgaben für den Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen[2] sind nicht konstant sondern schwanken im Jahresverlauf stark. Daher ist die Prognose der Ressorts für das Jahresende interessanter und aussagekräftiger als die in Anlage 4 ausgewiesene Ist-Ausgabe zum 31. Juli. Danach werden in diesem Bereich Minderaus-

---

[1] d.h. Ausgaben der OGr. 51 bis 54 ohne die Gruppen 529 und 531 und im Epl. 05 ohne Gruppe 532

[2] d.h. Ausgaben der HGr 7

gaben von rd. 57,2 Mio. € prognostiziert. Die Ressorts gehen teilweise davon aus, dass dazu Ausgabereste in Anspruch genommen werden müssen.

IV. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben[3] (Anlage 5)

Auch im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben[3] ist die Prognose der Ressorts zum Jahresende relevanter als der aktuelle Stand der Ist-Ausgaben. Zum Jahresende wird insgesamt eine Minderausgabe von rd. 53,1 Mio. € (bei Ausgaberesten von rd. 47,1 Mio. €) erwartet; dies bedeutet eine erneute Restemehrung.

V. Ressortbeiträge (Anlage 6)

Detailinformationen zum Ausgabenstand und zur Ausgabenprognose können den in der Anlage 6 zusammengestellten Ressortbeiträgen entnommen werden.

---

[3] d.h. Ausgaben der OGr. 81 und 82

B. Bericht über die Leistungsaufträge

I. Entwicklung der Leistungsaufträge

Im Haushalt 2012 sind insgesamt 16 Leistungsaufträge gem. § 7b LHO in folgenden Bereichen ausgebracht:

- Vermessungs- und Katasterverwaltung (Kap. 03 22),
- Steuerverwaltung (Kap. 04 04),
- Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Kap. 05 04),
- arbeitsmarktpolitische Förderung (Kap. 06 02),
- Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Kap. 07 02),
- Anerkennung und Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung (Kap. 06 02),
- Landesamt für Geologie und Bergbau (Kap. 08 03),
- Dienstleistungszentren Ländlicher Raum - DLR
    - Westerwald-Osteifel (Kap. 14 51),
    - Eifel (Kap. 14 52),
    - Rheinpfalz (Kap. 14 53),
    - Mosel (Kap. 14 54),
    - Rheinhessen-Nahe-Hunsrück (Kap. 14 55),
    - Westpfalz (Kap. 14 56),
- Projekt Erweiterte Selbständigkeit an Schulen - PES (Kap. 09 19),
- Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation u. Selbständigkeit von Schulen - AQS - (Kap. 09 82) und
- Landesforsten (Kap. 14 10).

Die Ziele der Leistungsaufträge konnten überwiegend erreicht werden, vereinzelt mussten aber die Zielvorgaben der aktuellen Entwicklung angepasst werden.

Vor dem künftigen Abschluss eines Leistungsauftrages müssen konkrete und nachprüfbare Leistungsziele für den anstehenden Zeitraum gesetzt werden. Dabei muss es zentrales Anliegen sein, die Leistungsaufträge so zu gestalten, dass die politischen Ziele hinreichend widergespiegelt werden und sie durch die Landesregierung und das Parlament gesteuert werden können.

II. Entwicklung der Leistungsaufträge im Einzelnen

1. Leistungsauftrag in der Vermessungs- und Katasterverwaltung (Anlage 7)

Das Ziel im Bereich „Strukturierte Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters“ wurde aufgrund der Ist-Entwicklung neu definiert. Von den landesweit rd. 3.000 Gemarkungen werden nun bis zum Ende des Jahres 2023 rd. 1.055 Gemarkungen bereinigt. Der Planwert zum 31.07.2012 i.H.v. 330 Gemarkungen konnte nicht erreicht werden und wurde mit 284 bereinigten Gemarkungen um 46 unterschritten. Aufgrund der neuen Zielvorgabe beträgt die Steigerung zwischen dem Planwert zum 31.07. 2012 und dem Planwert zum 31.12.2012 nunmehr 25 Gemarkungen. Werden Fortschritte in der Größenordnung erzielt, wie die vom 31.12.2011 zum 31.07.2012, so wird man der Zielvorgabe bis Jahresende wieder erheblich näher rücken.

Im Bereich des „Aufbau eines digitalen Oberflächenmodells für Rheinland-Pfalz“ liegt der aktuelle Ist-Wert mit 10.850 km² deutlich über dem Planwert zum 31.07.2012; daher wurde bereits in 2011 die jährliche Leistung von 2.000 km² auf 1.750 km² gesenkt.

Der Ausbau der Geodateninfrastruktur Rheinland-Pfalz liegt deutlich hinter den Erwartungen zurück, da die verschiedenen Geodaten verarbeitenden Stellen aus finanziellen, personellen oder strategischen Gründen nicht die Möglichkeit zur Bereitstellung ihrer Geodaten als Kartendienste im GeoPortal.rlp nutzen.

2. Leistungsauftrag in der Steuerverwaltung (Anlage 8)

Die vorgegebenen Ziele dieses Leistungsauftrags konnten erreicht werden. Da zum großen Teil jedoch keine Zielvereinbarungen mehr getroffen wurden, sind in der beigefügten Anlage in diesen Fällen nur noch die Ist-Werte ausgewiesen. Für das Jahr 2014 sind zwischen dem Bund (BMF) und den Ländern (Landesfinanzministerien) Zielvereinbarungen nach Maßgabe des § 21a Finanzverwaltungsgesetz (FVG) geplant, die sich wiederum auf den Leistungsauftrag auswirken werden.

3. Leistungsauftrag der Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Anlage 9)

Bei der Anzahl der beschäftigten Gefangenen war für die erste Jahreshälfte 2012 ein Rückgang von 2,7 % erwartet worden. Schwankende Belegungszahlen und die damit verbundene Problematik, nicht alle Betriebe kontinuierlich mit geeigneten Gefangenen ausstatten zu können, waren ursächlich für diese Annahme. Verringert hat sich die Quote zum 31.07.2012 letztlich um 3,4 %.

Für das erste Halbjahr 2012 wurde mit einer negativen Überschussentwicklung gerechnet, da für den Berichtszeitraum höhere Investitionen als Einnahmen erwartet worden sind. Die gegenüber einem prognostizierten Verlust eingetretene Überschusssteigerung liegt in unerwartet hohen Umsatzzuwächsen in Unternehmerbetrieben sowie in der Verschiebung von Investitionen in die 2. Jahreshälfte.

4. Leistungsauftrag im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Förderung (Anlage 10)

Aufgrund der Vielzahl der Aufgabenbereiche, werden diese in überdurchschnittliche, stabile und unterdurchschnittliche Entwicklungen untergliedert. Diese Einteilung folgt der Bewertung in der Spalte „Zielerreichung zum Berichtstag“, wobei im Berichtstext eine genaue Zielerreichung als „stabile Entwicklung“ eingestuft wird. Bei der Bewertung im Text wird vorrangig auf die Zahl der erreichten Personen abgestellt.
Überdurchschnittlich entwickelten sich die Maßnahmenbereiche **Konversion, Projekte für langzeitarbeitslose Menschen (SGB II-Flankierung), Berufsmentoring, Förderung von Netzwerken und Projekte für die Zielgruppe Frauen**.
Stabil verliefen die Förderansätze in den Bereichen **Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik, Fit für den Job, Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie Vertiefte Berufsorientierung**.
Unterdurchschnittlich entwickelten sich dagegen die Bereiche **Job-Füxe, Kommunale Jugend-Scouts, SGB III-Projekte, Regionale Beschäftigungsentwickler sowie Beratung vor und nach der Existenzgründung**.

5. Leistungsauftrag im Bereich Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Anlage 11)

Das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) sieht frühe Förderung und rechtzeitige Hilfen zur Vermeidung von Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung vor.
Der Leistungsauftrag beinhaltet zwei wesentliche Ansätze:

- Aufbau lokaler Netzwerke zur Förderung des Kindeswohls und zur Verbesserung des Kinderschutzes,
- Förderung von Kindergesundheit, besonders durch die Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder.

Die Anzahl der lokalen Netzwerke blieb unverändert. Da die angebotenen Fortbildungen besonders im Rahmen des Programms "Guter Start ins Kinderleben" eine

starke Nachgefrage mit sich brachten, wurde das Angebot an Veranstaltungen erweitert.

Im Bereich der Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern wurden etwas mehr Erinnerungsschreiben als erwartet verschickt. Die Meldungen des Zentrums für Kindervorsorge (ZfK) an die Gesundheitsämter (GÄ) und die Mitteilungen der Gesundheitsämter (GÄ) an die Jugendämter (JÄ) blieben dagegen deutlich unterhalb der gesetzten Obergrenze.

6. Leistungsauftrag im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung (Anlage 12)

Die Anerkennung einer weiteren nicht geförderten Beratungsstelle konnte bisher noch nicht abgeschlossen werden und ist nun bis zum Jahresende vorgesehen. Daher blieb die Anzahl der Beratungsstellen unverändert zum Vorjahr.

Die Zugriffe auf die Homepage des Schuldnerfachberatungszentrums (SFZ) sind zähltechnisch bedingt geringer, da nur noch die Zugriffe auf die originäre SFZ-Homepage (ohne Zusatzseiten) erfasst werden. Im Übrigen wurden die Ziele erreicht oder überschritten.

7. Leistungsauftrag beim Landesamt für Geologie und Bergbau - LGB (Anlage 13)

In der ersten Jahreshälfte 2012 konnte keine Karte fertiggestellt werden, sodass nunmehr zwei Karten zur Erreichung des Planwerts (Soll) fehlen. Grund hierfür ist, dass die Karten sich noch immer in der Qualitätsprüfung befinden und deren Veröffentlichung in 2012 voraussichtlich nicht erreicht werden kann.

Im Gegenzug stiegen die Gesamtkosten, da die Arbeiten zu den einzelnen Karten im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöht wurden (Steigerung der Stundenzahl).

8. Leistungsaufträge bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (Anlage 14 bis 19)

Die einzelnen Leistungsaufträge der Kapitel 14 51 bis 14 56 - in den Bereichen Schule, Beratung, Weiterbildung, Versuchswesen sowie ländliche Bodenordnung, zur Steigerung der Qualitäts- und Marktorientierung, sind hohen Schwankungen unterworfen. Ein Vergleich zwischen den einzelnen Dienstleistungszentren bzw. eine zusammenfassende Bewertung ist aufgrund der strukturellen Unterschiede und der unterschiedlichen Schwerpunkte nur schwer möglich.

9. Leistungsauftrag beim Projekt Erweiterte Selbständigkeit von Schulen (PES) – Vertretung von Unterricht (Anlage 20)

Im Zuge der Schulstrukturreform und dem für bestehende Schulen nach wie vor freiwilligen Projekt kann auf die Zahl der teilnehmenden Schulen nur begrenzt Einfluss genommen werden. Die Zahl der teilnehmenden Schulen blieb daher mit 27 Schulen unter dem Planwert, sodass nunmehr der Planwert zum 31.12. an die Erwartungen angepasst werden mussten.

Eine genaue zahlenmäßige Erfassung der Schulungsmaßnahmen zu PES wäre mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden und kann daher nur geschätzt werden.

Aufgrund des schuljahresbezogenen Erhebungsstichtages können Angaben zum Unterrichtsausfall nur für das 1. Schulhalbjahr 2011/2012 gemacht werden. Zum Stichtag 31. Januar 2012 hatten die Projektschulen einen tatsächlichen verbleibenden temporären Unterrichtsausfall von 2,58 %. Das im Leistungsauftrag festgelegte Ziel, die Verminderung des temporären Unterrichtsausfalls um 1/3 bis 1/2 bezogen auf den Referenzwert 4,2 %, wurde somit erreicht.

10. Leistungsauftrag bei der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbständigkeit von Schulen (AQS) (Anlage 21)

Die Unterschreitung der Teilnehmerzahl der Info-Veranstaltungen resultiert aus der Reduzierung der zu evaluierenden Schulen im zweiten Halbjahr 2012, da folglich weniger Schulen eingeladen wurden. Zudem haben nicht alle Schulleiter/innen die Einladung wahrgenommen.

Ansonsten hat der Leistungsauftrag alle übrigen Planwerte erfüllt oder deutlich überschritten.

11. Leistungsauftrag Landesforsten Rheinland-Pfalz (Anlage 22)

Die Ernte und der Verkauf von Rohholz konnte den Planwert zum 31.07.2012 teilweise deutlich übersteigen. Die Erwartungen für das zweite Halbjahr 2012 sind jedoch niedriger angesetzt, sodass der Planwert zum 31.12.2012 unter den Vorjahreszahlen liegt. Bei den Erlösen aus Sachgütern (u.a. Jagdbewirtschaftung) konnte der Planwert nicht erreicht werden, jedoch geht man von einer Zielerreichung des Planwertes zum 31.12.2012 aus.

Aufgrund der stark witterungsabhängigen Pflanzmaßnahmen, wurde die geplante Neuanlage, Erhaltung und Wiederbegründung naturnaher Wälder deutlich nicht er-

reicht. Dies soll jedoch teils durch Herbstpflanzungen kompensiert werden. Die übrigen Bereiche verliefen im Großen und Ganzen sehr positiv oder stabil.

III. Detailentwicklung

Hinsichtlich der Detailentwicklung wird auf die Anlagen 7 bis 22 verwiesen, in der für die einzelnen Leistungsaufträge die jeweiligen Leistungsparameter dargestellt sind.

C. Bericht über den Projektfortschritt der KLR

I. Landesweite Entwicklung

1. Einführung der landesweit einheitlichen KLR-Software

An das KLR-System in Rheinland-Pfalz sind mittlerweile die nachfolgend aufgeführten Behörden angeschlossen:

- das Landesamt für Mess- und Eichwesen,
- die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion,
- das Statistische Landesamt,
- das Landesamt für Geologie und Bergbau,
- die SGD-Nord,
- die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum,
- die Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige in Neuwied,
- die Landesschule für Blinde und Sehbehinderte in Neuwied,
- die Wilhelm-Hubert-Cüppers-Schule in Trier.
- Landesuntersuchungsamt und
- das Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation.

Auch die Vermessungs- und Katasterämter wurden inzwischen in der landeseinheitlichen KLR-Software angelegt.

In der ersten Jahreshälfte 2010 begann die Implementierungsphase bei der Justizvollzugsanstalt in Diez. Nach erfolgreichem Roll-Out auf die verbleibenden rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten werden ca. 1.500 Benutzer in der Software angelegt sein. Somit stellt die KLR-Implementierung bei den Justizvollzugsanstalten – aufgrund der Anzahl der Anwender und der genutzten Module – das bislang umfangreichste KLR-Projekt unter den vorgenannten Behörden dar. Ob der vorgesehene Übergang zum Echtbetrieb in 2012 noch erfolgen kann, bleibt abzuwarten.

2. Weitere Entwicklung (Anlage 23)

Die das Landesmodell nutzenden Dienststellen werden in betriebswirtschaftlichen und anwendertechnischen Fragen im Rahmen eines First- und Second-Level-Supports intensiv betreut. Gleichzeitig wird das vorhandene Landesmodell kontinuierlich optimiert:

- Im Rahmen von Schulungen werden tiefergehende Theorie- und Software-

Kenntnisse vermittelt. So fanden zum weiteren Ausbau und der Intensivierung des vorhandenen Berichtswesens in 2012 Schulungen zum Thema „Reportgenerator“, Schulungen in der Thematik „KLR, Zeiterfassung und Anlagenbuchhaltung“ sowie weitere Administratorenschulungen statt.

- Eine Erweiterung des Softwareangebotes für das Berichtswesen wird überprüft und abgestimmt.
- Nach Möglichkeit und Bedarf werden halbjährlich KLR-Anwendertreffen und „Treffen auf Arbeitsebene“ durchgeführt, die der engeren Vernetzung und dem Informationsaustausch der angeschlossenen Dienststellen dienen.
- Zwecks Zurverfügungstellung von Informationen und Dokumenten wird eine erweiterte separate Internet-Plattform bei der ZBV vorgehalten.

Eine tabellarische Übersicht zum Umsetzungsstatus der KLR in den Landeseinrichtungen ist in der Anlage 23 abgebildet.

II. Länderübergreifende Entwicklung

Durch das Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetz (HGrGMoG) wurde das Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) insoweit geändert, als gleichberechtigt neben die Kameralistik auch die kaufmännische Buchführung treten kann, wenn dabei eine Vergleichbarkeit der Daten sichergestellt ist.

Zur Gewährleistung dieser einheitlichen Verfahrens- und Datengrundlagen wurde von Bund und Ländern das Standardisierungsgremium nach § 49a Abs. 1 HGrG eingerichtet. Das Standardisierungsgremium hat entsprechende Standards für kamerale und doppische Haushalte sowie Produkthaushalte unter Berücksichtigung der finanzstatistischen Anforderungen erarbeitet. So hat das Gremium die „Standards staatlicher Doppik“ sowie den „Verwaltungskontenrahmen“ (VKR) überprüft und beschlossen. Als Standard für den Produkthaushalt wurde der „Integrierte Produktrahmen“ (IPR) überprüft und beschlossen.
Diese werden – einschließlich der kameralen Standards – mindestens einmal jährlich überprüft und fortentwickelt.

Anlagen

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013 - Hauptgruppe 4 -
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen
sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf
im Haushaltsjahr 2012

Einzelplan	Soll 2011 [1] cinschl. Ausgabereste und Rücklagen, tarifl. bedingte Mehrausgaben und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2011 [1]	Ist 2011 zum Soll 2011	Ansatz 2012	PVM 2012 Tarifbedingte Personalmehr-ausgaben	Zuführungen				In Abgangstellung		Einsparungen	Soll 2012	31.07.2012					
						von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2013 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Titel 861 01 bzw. entsprechenden Titeln aus TGr.	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.	nach Titel 861 01 bzw. entsprechende Titel aus TGr.	z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	zum 31.07.	geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2012	Prognose zum 31.12.2012	
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2012
01	27.817.557	27.431.205	98,6%	28.110.000		289.500							28.399.500	17.194.446	17.419.575	1,3%	61,3%	27.922.000	98,3%
02 StK	11.621.571	10.949.968	94,2%	12.318.600		353.700							12.672.300	6.900.000	7.165.828	3,9%	56,5%	12.400.000	97,9%
02 LV	5.379.560	5.200.110	96,7%	5.542.100		168.250	60.000						5.710.350	2.854.000	3.338.858	17,0%	58,5%	5.667.500	99,2%
03 [2]	926.181.203	918.339.851	99,2%	925.370.800		6.672.400		200.000					932.243.200	595.656.265	593.374.851	-0,4%	63,7%	926.759.900	99,4%
04	391.418.474	380.525.551	97,2%	379.031.900		10.696.825	3.443.209		4.259.000				393.987.725	251.501.695	249.770.660	-0,7%	63,4%	393.226.153	99,8%
05	486.145.144	480.453.580	98,8%	503.365.100		4.243.646		335.000		1.185.000	400.000		506.358.746	315.910.812	319.245.677	1,1%	63,0%	502.311.167	99,2%
06	106.053.504	97.541.479	92,0%	97.567.000		6.270.107							103.837.107	58.500.000	58.462.588	-0,1%	56,3%	97.190.000	93,6%
07	741.667	654.186	88,2%	11.500.000					277.000				11.777.000	6.869.917	6.488.444	-5,6%	55,1%	11.137.170	94,6%
08	149.370.843	146.844.518	98,3%	89.165.900		1.747.538			609.730		463.463		91.059.705	55.331.698	54.250.822	-2,0%	59,6%	87.830.547	96,5%
09	3.125.232.835	3.124.893.967	100,0%	3.186.099.500		300.307			13.969.835			15.600.000	3.184.769.642	2.047.671.374	2.047.671.374	0,0%	64,3%	3.187.450.389	100,1%
10 [3]	18.565.865	16.201.677	87,3%	19.100.000							383.480		18.716.520	11.825.000	10.997.009	-7,0%	58,8%	17.025.000	91,0%
14	107.190.516	98.378.079	91,8%	144.150.000		6.411.059			2.627.400				153.188.459	90.910.700	90.610.391	-0,3%	59,1%	146.739.800	95,8%
Zwischen-ergebnis	5.355.718.739	5.307.414.171	**99,1%**	5.401.320.900	0	37.153.332	3.503.209	535.000	21.742.965	1.185.000	1.246.943	15.600.000	5.442.720.254	3.461.125.907	3.458.796.076	-0,1%	**63,5%**	5.415.659.626	**99,5%**
20	0	0		34.400.000									34.400.000		0		0,0%		0,0%
Gesamt-ergebnis	5.355.718.739	5.307.414.171	**99,1%**	5.435.720.900	0	37.153.332	3.503.209	535.000	21.742.965	1.185.000	1.246.943	15.600.000	5.477.120.254	3.461.125.907	3.458.796.076	-0,1%	**63,1%**	5.415.659.626	**98,9%**

Anmerkungen:

1) Vorbehaltlich der endgültigen Haushaltsrechnung 2011.

2) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.

3) Die in Abgangstellung in Höhe von 381.280 € nach Hauptgruppe 5, 6 und 8 erfolgt anteilig auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsmaßnahme nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2012 auf freiwilliger Basis.

§ 6 LHG 2012/2013
Personalentwicklung in den budgetierten Personalausgabenbereichen sowie personalbezogene Prognose über den vorauss. weiteren Jahresverlauf
- Haushaltsjahr 2012 -
nach Beamten und Beschäftigten

Einzelplan	Ausgaben-gruppe	Stand zum Dezember 2011 [1) 2) 3)]	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Arbeitsphase sind [4)]	Abzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Freistellungs-phase sind [4)]	Stand zum Dezember mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 2) 4)]	Stand zum Juli 2012 [1) 2) 3)]	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Arbeitsphase sind [4)]	Abzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Freistellungs-phase sind [4)]	Stand zum Juli mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 2) 4)]	Differenz zum Dezember ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 2)]	Differenz zum Dezember mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 2)]	Prognose für Dezember 2012 ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 2)]
		Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ
01	422	59			59	57			57	-2,1	-2,1	58
	428	83	0,9	0,7	83	79		1,6	78	-3,4	-5,2	83
	Gesamt	**142**	**0,9**	**0,7**	**142**	**136**		**1,6**	**134**	**-5,5**	**-7,3**	**141**
02-Stk	422	49	0,5	1,4	48	51	0,5	1,4	50	1,8	1,8	51
	428	98	0,2	1,6	96	100	0,2	1,6	99	2,3	2,3	100
	Gesamt	**147**	**0,7**	**3,0**	**145**	**151**	**0,7**	**3,0**	**149**	**4,0**	**4,0**	**151**
02-LV	422	20		1,0	19	18		0,5	17	-2,3	-1,8	17
	428	41	3,0		44	37	2,5		40	-4,0	-4,5	44
	Gesamt	**61**	**3,0**	**1,0**	**63**	**55**	**2,5**	**0,5**	**57**	**-6,3**	**-6,3**	**61**
03	422	12.298	42,5	57,7	12.283	12.223	39,7	54,3	12.208	-75,2	-74,6	12.091
	428	2.501	65,1	71,8	2.495	2.367	50,6	79,5	2.338	-134,2	-156,3	2.329
	Gesamt	**14.799**	**107,6**	**129,5**	**14.777**	**14.590**	**90,4**	**133,8**	**14.546**	**-209,3**	**-230,9**	**14.420**
04	422	5.925	85,6	156,9	5.853	5.691	93,2	140,0	5.644	-233,8	-209,3	5.643
	428	1.146	53,0	53,3	1.145	1.117	40,5	60,6	1.097	-28,7	-48,5	1.098
	Gesamt	**7.070**	**138,6**	**210,2**	**6.999**	**6.808**	**133,7**	**200,6**	**6.741**	**-262,5**	**-257,8**	**6.741**
05	422	5.872	32,2	9,5	5.894	5.898	29,0	12,6	5.914	26,3	20,1	5.951
	428	2.101	23,5	28,1	2.096	2.199	16,3	33,4	2.182	98,7	86,2	2.217
	Gesamt	**7.972**	**55,6**	**37,6**	**7.990**	**8.097**	**45,3**	**46,0**	**8.097**	**125,0**	**106,3**	**8.168**
06	422	683	9,9	10,1	682	635	9,5	9,5	635	-47,8	-47,6	673
	428	729	12,5	9,9	732	701	8,1	12,5	697	-27,9	-34,9	716
	Gesamt	**1.412**	**22,4**	**20,0**	**1.414**	**1.336**	**17,6**	**22,0**	**1.331**	**-75,7**	**-82,4**	**1.389**
07	422	1			1	64	1,4		65	62,8	64,2	67
	428	25			25	117	1,0	3,6	114	91,7	89,1	118
	Gesamt	**26**			**26**	**180**	**2,4**	**3,6**	**179**	**154,5**	**153,3**	**186**
08	422	1.009	12,3	29,8	992	345	1,8	3,4	343	-664,3	-648,5	349
	428	758	23,8	23,0	759	276	4,8	5,7	275	-482,0	-483,8	291
	Gesamt	**1.767**	**36,1**	**52,7**	**1.751**	**621**	**6,5**	**9,1**	**618**	**-1.146,3**	**-1.132,3**	**640**
09	422	32.635	991,2	1.478,8	32.147	32.747	921,5	1.531,9	32.137	112,4	-10,3	32.692
	428	5.167	98,3	101,5	5.164	5.044	74,3	115,5	5.003	-123,2	-161,3	5.024
	Gesamt	**37.802**	**1.089,5**	**1.580,3**	**37.311**	**37.791**	**995,8**	**1.647,4**	**37.139**	**-10,8**	**-171,6**	**37.716**
10	422	126	2,5	0,5	128	137	2,5	0,5	139	10,9	10,9	132
	428	26	0,3	0,4	26	29	0,3	0,9	28	2,8	2,3	30
	Gesamt	**152**	**2,8**	**0,9**	**154**	**166**	**2,8**	**1,4**	**167**	**13,6**	**13,1**	**162**
14	422	711	4,9	12,0	704	1.242	15,8	36,3	1.222	531,6	518,3	1.245
	428	729	18,0	14,0	734	1.008	26,2	35,8	999	278,9	265,2	1.006
	Gesamt	**1.440**	**22,9**	**26,0**	**1.437**	**2.251**	**42,0**	**72,1**	**2.221**	**810,5**	**783,5**	**2.250**
Insgesamt	422	59.386	1.181,5	1.757,6	58.810	59.106	1.114,9	1.790,4	58.431	-279,6	-379,0	58.968
	428	13.404	298,6	304,3	13.398	13.075	224,8	350,8	12.949	-329,1	-449,5	13.056
	Gesamt	**72.790**	**1.480,2**	**2.061,9**	**72.208**	**72.181**	**1.339,7**	**2.141,2**	**71.380**	**-608,7**	**-828,4**	**72.024**

Anmerkungen:

1) Zahlfälle sind in Vollzeit umgerechnet und wurden gerundet (Quelle: OFD Koblenz -ZBV-).

2) Zahlfälle sind nur die auf etatisierten Planstellen/Stellen (Gruppen 422 und 428) geführten Landesbediensteten.

Unberücksichtigt bleiben danach Zahlfälle, die zwar auf Stellen im Landeshaushalt zu führen sind, die aber aus verschiedenen Gründen nicht aus dem Landeshaushalt finanziert werden.

Ferner gehen in die Zahlfallermittlungen nicht diejenigen ein, für die in dem entsprechenden Monat kein Grundgehalt bzw. -entgelt gezahlt wurde.

Zahlungen, die lediglich die Zusatzversorgung beitrags- oder umlagefrei weiterführen oder lediglich das Kindergeld beinhalten, stellen im Rahmen der Personalausgabenbudgetierung keine Zahlfälle dar.

3) Die Summen "Gesamt" ergeben sich aufgrund der Addition der ungerundeten Werte und werden dann erst gerundet.

4) Unter Berichtigung der in Altersteilzeit (Blockmodell) befindlichen Mitarbeiter, die aufgrund der/des reduzierten Grundbezüge/-entgeltes nur noch mit der Hälfte ihres bisherigen Vollzeitäquivalentes erfasst werden (Quelle: OFD Koblenz -ZBV-).

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013 - Obergruppen 51 bis 54 (ohne die Gruppen 529 und 531) - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2012

Einzelplan	Soll 2011 [1] einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2011 [1]	Ist 2011 zum Soll 2011	Ansatz 2012	Zuführungen				In Abgangstellung z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungsfähigkeiten	Einsparungen z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	Soll 2012 zum 31.07.	31.07.2012					
					von Ausgabereesten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2013 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungsmitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungsvermerken, Umsetzungen, Deckungsfähigkeiten, üpl., apl.				geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2012	Prognose zum 31.12.2012	
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2012
01	3.433.050	3.054.356	89,0%	3.352.800	235.725						3.588.525	1.856.590	1.721.810	-7,3%	48,0%	3.491.050	97,3%
02 StK	7.258.869	6.265.153	86,3%	6.586.200	956.100	150.000				282.573	7.259.727	4.000.000	3.381.996	-15,5%	46,6%	6.300.000	86,8%
02 LV	2.637.772	2.615.293	99,1%	2.088.400	35.925	15.000		222.225		62.652	2.283.898	1.160.000	1.600.311	38,0%	70,1%	2.435.750	106,6%
03 [2] [3]	178.387.099	168.103.811	94,2%	290.593.600	8.931.020	1.333.700					299.524.620	169.794.900	168.203.510	-0,9%	56,2%	284.733.100	95,1%
04 [4]	51.201.257	47.966.092	93,7%	46.724.100	1.508.350			1.437.700	15.000	925.000	48.730.150	28.432.171	25.322.573	-10,9%	52,0%	45.989.832	94,4%
05 [5] [6]	93.641.296	92.495.334	98,8%	98.693.700	2.217.120	540.000		2.648.800			103.559.620	59.453.939	58.680.888	-1,3%	56,7%	98.353.171	95,0%
06	21.686.457	20.280.380	93,5%	20.482.500	1.090.646						21.573.146	11.820.000	11.797.295	-0,2%	54,7%	20.000.000	92,7%
07 [7]	143.730	143.730	100,0%	5.843.100	177.498			19.000		90.710	5.948.888	3.468.787	3.082.331	-11,1%	51,8%	5.772.385	97,0%
08 [8]	173.688.071	170.876.965	98,4%	13.534.700	4.295.513			1.063.197	139.825	766.310	17.987.275	7.645.100	7.033.656	-8,0%	39,1%	15.740.000	87,5%
09 [9]	147.901.307	123.033.357	83,2%	101.052.900	23.008.155			164.000			124.225.055	76.355.367	76.355.367	0,0%	61,5%	130.894.915	105,4%
10 [10]	1.213.619	1.213.619	100,0%	1.161.100				232.733			1.393.833	740.000	782.359	5,7%	56,1%	1.359.000	97,5%
12	18.183.937	6.906.721	38,0%	87.578.000	10.744.200		1.500.000		8.395.500	2.627.340	88.799.360	29.226.131	29.226.131	0,0%	32,9%	72.900.000	82,1%
14 [11]	62.122.614	34.778.242	56,0%	44.506.900	21.929.962			3.295.650		2.922.056	66.810.456	23.337.000	21.134.336	-9,4%	31,6%	46.355.000	69,4%
20	15.234.439	11.308.200	74,2%	6.725.000	3.537.000			83.103			10.345.103	5.987.000	4.701.349	-21,5%	45,4%	8.059.455	77,9%
Gesamtergebnis	776.733.517	689.041.252	**88,7%**	728.923.000	78.667.214	2.038.700	1.500.000	9.166.408	8.550.325	7.676.641	802.029.656	423.276.985	413.023.912	-42,4%	**51,5%**	742.383.658	**92,6%**

Anmerkungen:

1) Vorbehaltlich der endgültigen Haushaltsrechnung 2011.

2) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.

3) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2012 i.H.v. 18.689.500 €.

4) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2012 i.H.v. 1.618.300 €.

5) Ab dem Haushaltsjahr 2005 ohne Berücksichtigung der Ausgaben bei der Gruppe 532.

6) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2012 i.H.v. 1.061.200 €.

7) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2012 i.H.v. 4.611.400 €.

8) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2012 i.H.v. 7.295.200 €.

9) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2012 i.H.v. 13.116.400 €.

10) Die Zuführung erfolgt in anteiliger Höhe von 34.833 € auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsvorgabe nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesregierung im HHJ 2012 auf freiwilliger Basis.

11) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2012 i.H.v. 8.685.900 €.

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013 - Hauptgruppe 7 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2012

Einzelplan	Soll 2011 [1] einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2011 [1]	Ist 2011 zum Soll 2011	Ansatz 2012	Zuführungen				In Abgang-stellung z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	Einsparungen z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	Soll 2012 zum 31.07.	31.07.2012					
					von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2013 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungs-mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.				geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2012	Prognose zum 31.12.2012	
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2012
04	55.085	25.085	45,5%	50.000	30.000					8.300	71.700	41.825	0	-100,0%	0,0%	71.700	100,0%
08				288.000	1.205.601					49.000	1.444.601	175.000	0	-100,0%	0,0%	200.000	13,8%
09	480.290	480.290	100,0%	828.400							828.400	49.299	49.299	0,0%	6,0%	84.512	10,2%
12	42.925.807	20.384.320	47,5%	19.519.700	22.540.000		100.000	100.000	100.000	585.591	41.574.109	9.509.058	9.509.058	0,0%	22,9%	18.100.000	43,5%
14	86.023.186	32.396.242	37,7%	15.425.000	52.421.342					3.070.000	64.776.342	12.040.000	8.548.704	-29,0%	13,2%	33.000.000	50,9%
Gesamt-ergebnis	129.484.367	53.285.937	**41,2%**	36.111.100	76.196.943	0	100.000	100.000	100.000	3.712.891	108.695.152	21.815.182	18.107.061	-17,0%	**16,7%**	51.456.212	**47,3%**

Anmerkungen:

1) Vorbehaltlich der endgültigen Haushaltsrechnung 2011.

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013 - Obergruppen 81 und 82 -
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen
sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf
im Haushaltsjahr 2012

Einzelplan	Soll 2011 [1] einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2011 [1]	Ist 2011 zum Soll 2011	Ansatz 2012	Zuführungen				In Abgang-stellung z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	Einsparungen z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	Soll 2012 zum 31.07.	31.07.2012					
					von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2013 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungs-mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.				geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2012	Prognose zum 31.12.2012	
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2012
01	676.200	289.791	42,9%	244.400	143.600						388.000	165.100	64.275	-61,1%	16,6%	313.700	80,9%
02 StK	13.979	3.979	28,5%	28.100	10.000						38.100	15.000	0	-100,0%	0,0%	38.100	100,0%
02 LV	44.263	15.914	36,0%	5.000	33.100					150	37.950	5.000	13.850	177,0%	36,5%	37.950	100,0%
03 [2]	62.006.211	33.830.767	54,6%	31.003.100	27.564.600	3.089.200					58.567.700	13.823.586	10.810.918	-21,8%	18,5%	35.199.700	60,1%
04	5.037.247	2.734.347	54,3%	4.324.000	2.236.000					510.000	6.050.000	3.025.000	1.706.710	-43,6%	28,2%	5.585.000	92,3%
05	4.761.467	4.128.667	86,7%	5.067.000	1.134.250						6.201.250	1.546.116	1.234.854	-20,1%	19,9%	5.636.450	90,9%
06	1.270.703	745.663	58,7%	699.600	725.040						1.424.640	120.000	93.858	-21,8%	6,6%	1.000.000	70,2%
07	162.981	162.981	100,0%	70.500	62.000						132.500	77.292	49.346	-36,2%	37,2%	130.385	98,4%
08	2.511.791	2.264.090	90,1%	674.100	1.384.481				161.000	54.400	1.843.181	291.000	195.301	-32,9%	10,6%	1.553.000	84,3%
09	13.493.807	8.335.948	61,8%	19.543.600	5.056.707						24.600.307	3.409.862	3.409.862	0,0%	13,9%	5.845.479	23,8%
10 [3]	74.856	74.856	100,0%	60.100				11.703			71.803	40.000	35.792	-10,5%	49,8%	70.000	97,5%
12	6.438.851	2.219.903	34,5%	4.455.000	4.218.800					133.650	8.540.150	1.539.087	1.539.087	0,0%	18,0%	3.700.000	43,3%
14	10.804.588	5.158.927	47,7%	6.709.900	4.527.432					40.900	11.196.432	3.668.000	2.348.292	-36,0%	21,0%	6.896.800	61,6%
Gesamt-ergebnis	107.296.945	59.965.833	**55,9%**	72.884.400	47.096.010	3.089.200	0	11.703	161.000	739.100	119.092.013	27.725.043	21.502.147	-22,4%	**18,1%**	66.006.564	**55,4%**

Anmerkungen:

1) Vorbehaltlich der endgültigen Haushaltsrechnung 2011.

2) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.

3) Die Zuführung erfolgt in anteiliger Höhe von 1.803 € auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsvorgabe nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2012 auf freiwilliger Basis.

Anlage 6

Anmerkungen der Ressorts zur Budgetierung

§ 6 LHG 2012/2013

Berichtstermin: 31. Juli 2012

Einzelplan 01 - Landtag

Personalausgaben:
Das Soll der Hauptgruppe 4 wird im Personalbereich, d. h. in der Landtagsverwaltung, im Büro des Bürgerbeauftragten und beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit nach den derzeitigen Hochrechnungen nicht überschritten.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Das Soll der Obergruppen 51 bis 54 sowie der Obergruppen 81 und 82 wird nach dem Stand der derzeitigen Hochrechnungen eingehalten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Personalausgabenentwicklung wird monatlich ermittelt und überwacht. Die entsprechenden Daten sind Grundlage für die weitere Personalplanung.
Die Ist-Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 – sächliche Verwaltungsausgaben – und der Obergruppen 81 und 82 – sächliche Investitionen – werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf wird steuernd eingegriffen.

Einzelplan 02 - Staatskanzlei und Ministerpräsident

Personalausgaben:
Das Personalausgabenbudget der Staatskanzlei wurde eingehalten. Diese Entwicklung wurde weitgehend durch eine restriktive und ausgabenorientierte Personal- und Ausgabenbewirtschaftung erreicht.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Überwachung der Personalausgaben erfolgt monatlich. Dazu werden folgende Übersichten erstellt:

- Hochrechnung der monatlichen Ist-Ausgaben unter ständiger Aktualisierung der Vorgaben und der Aufgaben- und Personalentwicklung,
- Überwachung der Ist-Ausgaben mittels Budgetierungsmodul,
- monatliche Erfassung und Vergleich der Entwicklung der Zahlen für das aktive Personal und die Versorgungsempfänger.

Die so ermittelten Daten sind Grundlage für weitere Personalplanungen.

Einzelplan 02 - Landesvertretung

Personalausgaben:
Die Ist-Ausgaben der Personalkosten liegen mit 58,5 % knapp 1 % über Vorjahresniveau (57,8 %) und mit 0,2% über dem Durchschnitt für 7 Monate (58,3%).
Die Prognose zum 31.12.2012 geht von einer 99,2 %igen Ausschöpfung des Personalausgabenbudgets aus.

Personalentwicklung:
Frei werdende Stellen, insbesondere bei den Spiegelreferentinnen und Spiegelreferenten wurden und werden zeitnah nachbesetzt. Die geringere Anzahl der Vollzeitäquivalente ist u.a. in der Beendigung von Ausbildungsverhältnissen und in Pensionierungen durch Erreichen der Altersgrenze begründet.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Die Ist-Ausgaben der Sachmittel liegen mit rd. 70 % des Solls rd. 12 % über dem für Ende Juli zu erwartenden durchschnittlichen Ausgabeniveau (58,3 %). Absolut sind die Beträge im Vergleich zum letzten Jahr nur unwesentlich gestiegen. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres lag das Ausgabeniveau

bei 59,7 %. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Soll bzw. die Ansätze insgesamt um knapp 10 % niedriger sind als im Vorjahreszeitraum.

Die Prognose zum 31.12.2012 geht davon aus, dass die Sachmittel nicht ausreichen werden. Sinkende Haushaltsansätze und Budgetreste, Einsparauflagen, Inflation, das an den LBB zu zahlende Nutzungsentgelt und ein spürbar steigender Aufwand für die Instandhaltung des stark genutzten Dienstgebäudes (Veranstaltungen) werden auch künftig die Gestaltungsspielräume bestimmen und einschränken. Um die prognostizierte Überschreitung zu reduzieren, werden alle tatsächlich gestaltbaren Sachausgaben kontinuierlich überprüft und soweit möglich reduziert.

Investitionsausgaben:
Die Ist-Ausgabe der Investitionen in den Obergruppen 81 und 82 beträgt 36,5 % des Solls 2012, da ein Teil der budgetierten Projekte für die zweite Jahreshälfte vorgesehen sind.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Ist-Ergebnisse und der prognostizierte Jahresverlauf werden im Wesentlichen durch die Aufgaben bestimmt. Der Budgetrahmen ist den Titelverwaltern vorgegeben und kann ohne Einbeziehung des Haushaltsreferats nicht überschritten werden. Alle Ausgaben werden weiterhin in den jeweils erforderlichen Intervallen (wöchentlich, monatlich, usw.) auf der Grundlage der Ist-Ergebnisse - einschließlich der Festlegungen - hochgerechnet. Diese Berechnungen sind dann Grundlage für die weiteren Planungen.
Aktuell werden alle Sachausgaben auf den Prüfstand gestellt. Erste Einschnitte wurden vollzogen. Allerdings sind viele Ausgabepositionen nicht frei gestaltbar.

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Nach dem bisherigen Ausgabenstand (Ende Juli 2012) und der sich abzeichnenden weiteren Ausgabenentwicklung kann davon ausgegangen werden, dass das für den Einzelplan 03 zur Verfügung stehende Personalausgabenbudget unter Einbeziehung der Ausgabereste aus dem Haushaltsjahr 2011 ausreichend bemessen sein wird.

Die auf Vollzeit umgerechnete Zahl der Beschäftigten des Einzelplanes 03 beläuft sich im Juli 2012 auf 14.590. Gegenüber Dezember 2011 entspricht dies einer Reduzierung um rd. 209 Zahlfälle. Im Polizeibereich sind die Zahlfälle trotz der Einstellung von 182 Polizeianwärtern im Mai 2012 um 53 gesunken. Nach Einstellung von weiteren 166 Polizeianwärtern zum zweiten Einstellungstermin im Oktober 2012 werden sich die Zahlfälle im Polizeibereich allerdings wieder erhöhen.
Ohne Berücksichtigung des Polizeibereiches haben sich im Einzelplan 03 die Zahlfälle gegenüber der letzten Erhebung um 156 reduziert.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Die weiter gestiegenen Verbraucherpreise, u.a. die Energiekosten, werden bis zum Jahrsende zu Mehrausgaben führen. Gleichwohl wird es nach derzeitiger Einschätzung aufgrund einer weiterhin konsequenten und strengen Ausgabendisziplin möglich sein, diese Mehrkosten durch Einsparungen in anderen Bereichen abzudecken.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Zur Sicherstellung der kapitelweisen Budgeteinhaltung wurde den mittelbewirtschaftenden Stellen aufgegeben, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die im Rahmen der Kassenanschläge zugewiesenen Ansätze nicht überschritten werden. Gleichzeitig wurden sie zu einer ständigen Ausgabenüberwachung verpflichtet. Fehlentwicklungen müssen dem Ministerium unverzüglich mitgeteilt werden.
Mit Blick auf die gebotenen Einsparungen im Personalbereich wurde wie in den Vorjahren auch für das Jahr 2012 eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre für freie und freiwerdende Stellen verfügt. Ausnahmen werden nur in besonders begründeten Fällen zugelassen.
Über die im Rahmen der Haushalts- und Wirtschaftsführung getroffenen Maßnahmen hinaus sind aus derzeitiger Sicht unter Berücksichtigung der bisherigen Ausgabenentwicklung keine weiteren Bewirtschaftungsbeschränkungen erforderlich. Für die Einhaltung der Einzelbudgets sind die jeweiligen personal- bzw. mittelbewirtschaftenden Stellen selbst verantwortlich. Diesen Stellen werden monatlich zur Ergänzung der Überwachungsmechanismen vor Ort die vom Ministerium der Finanzen den Ressorts zur Verfügung gestellten Personalausgabendatenbestände „RP Budget“ zugeleitet.

Eine Kontrolle der den Dienststellen zugewiesenen Einzelbudgets in der Hauptgruppe 4 erfolgt auch durch das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur anhand von monatlichen Personalausgabenprognosen.

Einzelplan 04 – Ministerium der Finanzen

Die dem Einzelplan 04 zur Verfügung stehenden Gesamtbudgets je Hauptgruppe zur Finanzierung der Personal-, Sach- und Investitionsausgaben werden in 2012 voraussichtlich eingehalten.

Personalausgaben:
Entsprechend der Anlage 1 zum Personalausgabenbudget liegen die voraussichtlichen Jahres-Ist-Ausgaben bei rd. 393,2 Mio. € (Vorjahr 380,5 Mio. €).

Personalentwicklung:
Die Zahl der Beschäftigten in Vollzeit ist von 6.999 (unter Berücksichtigung der Auswirkungen von Altersteilzeit) im Dezember 2011 um 257,8 auf 6.741 im Juli 2012 gefallen. Aufgrund der Anwärtereinstellungen 2012 wird sich diese Zahl wieder um ca. 150 erhöhen.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Durch eine sparsame und wirtschaftliche Haushalts- und Wirtschaftsführung können voraussichtlich bei den Sachausgaben rd. 2,7 Mio. € eingespart werden (Soll 2012: rd. 48,73 Mio. € / vorl. Ist 2012: 45,99 Mio. €).

Die Budgets der investiven Ausgaben (Hauptgruppe 7 und Obergruppen 81 und 82) können voraussichtlich ebenfalls eingehalten und Minderausgaben in Höhe von ca. 0,4 Mio. € erwirtschaftet werden (Soll 2012: 6,1 Mio. €; prognostiziertes Ist 2012: 5,66 Mio. €).

Davon ist die Bewirtschaftungsbeschränkung 2012 in Höhe von rd. 2,3 Mio. € (3 v.H. der Ausgaben der Hauptgruppen 5 – 8) noch abzusetzen.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Ist-Ausgaben der einzelnen Ausgabearten im Rahmen der deckungsfähigen Budgets werden monatlich auf die voraussichtlichen Jahresergebnisse hochgerechnet. Das Ergebnis wird mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln abgeglichen.

Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Personalausgaben:
Nach der bisherigen Ausgabenentwicklung kann das für Personalausgaben im Haushaltsjahr 2012 in der Hauptgruppe 4 verfügbare Budget eingehalten werden.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Die bisherige Entwicklung in den Budgets der Hauptgruppen 5 und 8 entspricht dem erwarteten Verlauf. Diese Budgets können aus heutiger Sicht voraussichtlich ebenfalls eingehalten werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Ausgabenbudgets werden durch monatliche Kontrollen der Ausgabenentwicklung und Hochrechnungen überwacht, die auf der Basis der jeweiligen Ist-Ausgaben und unter Berücksichtigung des zu erwartenden weiteren Ausgabenverlaufs erstellt werden.

Einzelplan 06 – Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Die dem Einzelplan 06 zur Verfügung stehenden Budgets zur Finanzierung der in § 6 Abs. 1 LHG 2012/2013 genannten Bereiche können voraussichtlich eingehalten werden.

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Im Vergleich zum Dezember 2011 (rd. 1.412 Zahlfälle – die Zahl ist um die in den Einzelplan 07 umressortierten Kräfte im Umfang von rd. 40,5 Zahlfällen auf rd. 1.372 zu korrigieren) sind für den Juli 2012 rd. 1.336 Zahlfälle zu verzeichnen. Dieses jährlich wiederkehrende „Tief“ ist hauptsächlich auf die Entwicklung im Ausbildungsbereich zurückzuführen. Auszubildende, die ihre Ausbildung beendet

haben, werden von der OFD nicht mehr erfasst und die Personalausgaben für neue Auszubildende oder übernommene Kräfte werden aus technischen Gründen erst im Folgemonat (August) verbucht. Die Summe der Personalausgaben der Gruppen 422 und 428 (aktive Beschäftigte) liegt wegen der Umressortierungseffekte trotz Besoldungs- (1%) und Tarif-/ Entgelterhöhungen (1,9%) um rund 3,12% (1,29 Mio. €o) unter der Summe im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Insgesamt zeigen die geschilderten Entwicklungen, dass das MSAGD das Personalausgabenbudget bedarfsgerecht, sparsam und effizient bewirtschaftet.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Die Budgets der Obergruppen 51 - 54 können voraussichtlich eingehalten werden. Die Ausgaben dieser Obergruppen sind insgesamt gegenüber den vergleichbaren Ausgaben im Vorjahreszeitraum um 0,16 Mio. €o (rd. -1,4%) gesunken und bewegen sich im vorgesehenen haushaltssicheren Trend.

Investitionsausgaben:
Die Budgets der Obergruppen 81 und 82 können voraussichtlich eingehalten werden. Die Ausgaben liegen um rd. 0,14 Mio. € unter den vergleichbaren Ausgaben im Vorjahreszeitraum.

Insgesamt haben sich die Instrumente der flexiblen Haushalts- und Wirtschaftsführung zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit bewährt.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die bewährte Praxis der Zuteilung dezentraler Einzel-Budgets an die örtlichen Dienststellen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung mit der Verpflichtung zur Einhaltung des Budgetrahmens und zur Vorsorge für erwartete oder unvorhergesehene finanzielle Belastungen (z. B. strukturell bedingte Mehraufwendungen, Beihilfen) wurde in 2012 fortgeführt.
Die Eigenverantwortung für die Mittelbewirtschaftung, die eingeräumten Steuerungsmöglichkeiten und die Vollzugskompetenz haben die Bewirtschafter vor Ort motiviert, die gesetzten Budgetziele einzuhalten. Gleichzeitig hat es ihnen das dezentrale Management ermöglicht, mit und aus den verfügbaren Mitteln die fachlich optimalen Ergebnisse zu erzielen.
Die in den bisherigen Berichten genannten Steuerungsmaßnahmen werden weitergeführt. Hierzu zählen monatliche Analysen und Hochrechnungen auf der Grundlage der Ist-Ausgaben und Bedarfsabschätzungen unter Heranziehung von Vorjahresvergleichen und unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung und des Jahres-Ausgabenvolumens.

Einzelplan 07 – Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Personalausgaben:
Das prognostizierte Soll zum 31.07.2012 der Hauptgruppe 4 wurde eingehalten.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Auch das prognostizierte Soll zum 31.07.2012 der Obergruppen 51 bis 54 sowie der Obergruppen 81 und 82 wurde insgesamt nicht überschritten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Der Einsatz von besonderen Steuerungsinstrumenten war für den Einzelplan 07 nicht erforderlich. Die zur Verfügung stehenden Auswertungsmöglichkeiten reichen bisher aus.

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Das Gesamtbudget für den Einzelplan 08 kann voraussichtlich eingehalten werden. Die Ist-Ausgaben des ersten Halbjahres liegen 2 % unter dem prognostizierten zeitanteiligen Soll.
Da die Anzahl der Bediensteten des Dezembers 2011 aufgrund des geänderten Ressortzuschnittes nicht als Vergleichswert dienen kann, wird lediglich die Juli 2012 Zahl in Höhe von 621 genannt. Für den Dezember 2012 ist mit einer Steigerung um 19 Zahlfälle auf insgesamt 640 Zahlfälle zu rechnen.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Die Ausgabenentwicklung verläuft grundsätzlich wie bereits in den letzten Jahren und beinhaltet keine große Abweichung. Die Ist-Ausgaben des ersten Halbjahres liegen mit 8 % unter dem prognostizierten Soll.

Die bei Kapitel 08 01 veranschlagten globalen Minderausgaben in Höhe von 7.295.200 € werden im Haushaltsvollzug bei den einzelnen Kapiteln des Einzelplans 08 in den Hauptgruppen 4 bis 8 erwirtschaftet, sodass der bei diesem Kapitel ausgewiesene Ansatz für das Jahr 2012 entsprechend erhöht wurde.
Trotz dieser Einsparauflage können Budgetüberschreitungen nach der derzeitigen Prognose auch für das Haushaltsjahr 2012 verhindert werden.

Investitionsausgaben:
Die Ist-Ausgaben liegen um etwa 42 %unter der Prognose zum 31.07.2012. Dies liegt daran, dass die Dienststellen ihre Investitionen - wie in den Vorjahren - verstärkt erst in der zweiten Jahreshälfte tätigen (ca. 70 % der Ausgaben). Damit stellen die Dienststellen sicher, dass ggf. im Laufe des Jahres erforderlich werdende Verschiebungen bei der Erwirtschaftung der verschiedenen Einsparauflagen noch möglich sind.
Auch in diesem Bereich wird es - nach derzeitigem Stand - wie in den Vorjahren zu keiner Budgetüberschreitung kommen.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung:
Zu Hauptgruppe 4:
Die kapitelweise Budgeteinhaltung wird durch entsprechende Bewirtschaftungsmaßnahmen sichergestellt. Hierzu werden freiwerdende Stellen wenn möglich nicht oder wenn eine Besetzung zwingend erforderlich ist zeitlich verzögert nachbesetzt.

Zu Hauptgruppen 5 bis 8:
Bei den Ausgaben für Sachmittel und Investitionen stellen die erlassenen Bewirtschaftungsmaßnahmen zur Erbringung der verschiedenen Einsparauflagen einen wesentlichen Faktor für das wirtschaftliche Handeln dar. Vor diesem Hintergrund müssen alle geplanten Maßnahmen noch einmal auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Dies zeigt sich besonders bei der zurückhaltenden Tätigung von Investitionen.
Bei der Zuweisung der Haushaltsmittel zu Beginn des Jahres werden den Dienststellen die eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Haushaltsmittel der Hauptgruppen 5 bis 8 für ihre Kapitel übertragen. Gleichzeitig werden den Verantwortlichen die auf ihren Teil entfallenden verschiedenen Einsparauflagen mitgeteilt und nach deren Aufteilung auf die jeweiligen Titel innerhalb des Kapitels entsprechend gesperrt. Durch diese Eigenverantwortlichkeit können die Betroffenen vor Ort schnell und flexibel auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren und durch eine restriktive und sparsame Ausgabentätigung das ihnen zugewiesene Budget einhalten.
Das o. g. Verfahren zur Steuerung der Budgets hat sich in den letzten Jahren bewährt, sodass zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Maßnahmen zur Sicherstellung der kapitelweisen Budgeteinhaltung vorgesehen sind.

Eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Im Ministerium wird als Instrument zur Steuerung, Optimierung und Kontrolle des Mitteleinsatzes ein mit Excel entwickeltes DV-Verfahren eingesetzt. Basierend auf den Ist-Ausgaben wird damit die Mittelkontrolle sichergestellt und die Erstellung von Prognosen durchgeführt.
Durch den Einsatz des Mittelbewirtschaftungssystems IRMA wurden der Mitteleinsatz und die Kontrolle wesentlich verbessert, so dass das Risiko der Überschreitung des zugewiesenen Ausgabevolumens minimiert werden konnte.

Einzelplan 09 – Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Anmerkungen
1. Die Haushaltsansätze der Hauptgruppen 4 der Schulkapitel 09 19 bis 09 35 sind gem. verbindlichem Haushaltsvermerk gegenseitig deckungsfähig, mit Ausnahme der im Kapitel 09 19 für den Schulbereich zentral veranschlagten Ausgaben für Versorgung und Beihilfen, die ihrerseits mit den im Kapitel 09 02 etatisierten Ausgaben für Versorgung und Beihilfe für deckungsfähig erklärt worden sind. Ebenso sind die diesbezüglichen Ausgaben der Kapitel 09 02 und 09 10 gegenseitig deckungsfähig.

2. Die Darstellung des Berichtes erfasst nicht die Hochschulen mit Globalhaushalt, lediglich die kameral buchenden Hochschulen.

Personalausgaben:
Der Haushaltsansatz von 3.186.099.500 € entwickelt sich unter Berücksichtigung von Zuführungen in Höhe von rd. 14,3 Mio. € und In Abgangstellungen (Sperren von 15,6 Mio. €) nach derzeitiger Erkenntnis zum Haushaltssoll von 3.184.769.642 €. Von den o.g. Sperren wurden 5,6 Mio. € aufgrund des sich aus dem sog. Klemm-Gutachten ergebenden Abbaupfades, der unter Berücksichtigung pädagogischer Verbesserungen (kleiner Klassen, mehr Schwerpunktschulen, Ganztagsausbau, Verbesserung der Unterrichtsversorgung) ermittelt wurde, gesperrt.

Am 31.07.2012 beträgt das Ist 2.047.671.374 € und bewegt sich im Plan. Nach aktueller Prognose wird mit einer Gesamtausgabe von 3.187.450.389 € gerechnet. Die rechnerische Überschreitung beträgt rd. 0,1 %. Nach heutigem Kenntnisstand wird jedoch davon ausgegangen, dass das Budget zum Jahresende eingehalten wird.

Sofern es nicht zu unvorhergesehenen Ausreißern bei Versorgung und Beihilfe, bei Nachversicherung und Versorgungsausgleich kommt, ist mit einer sich verstetigenden Prognose zu rechnen.

Personalentwicklung:
Der große Personalbestand „Schule“ unterliegt vor allem folgenden Bewegungen:

- ausscheidende Fälle zum Schulhalbjahresende,
- Nachbesetzungen zum Schulhalbjahresbeginn,
- Nachbesetzungen auch für die in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gewechselten Lehrkräfte,
- Aufwuchs bei den Studienseminaren durch weitere Ausschöpfung der Kapazitäten.
- neue Altersteilzeitfälle,
- weiterer Aufbaus des Ganztagsschulprogramms sowie
- Wirkungen der Schulstrukturreform.

Nachbesetzungen und Neubesetzungen bei der ADD und dem pädagogischen Landesinstitut werden nur dann vorgenommen, wenn sie sachlich geboten sind. In den Bereichen Hochschule und Kultur erfolgt die Besetzung der Stellen im Rahmen des vorgegebenen Budgets unter Berücksichtigung der Hochschulspezifika.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Die Haushaltsansätze 2012 betragen 101.052.900 €. Unter Berücksichtigung von Zuführungen (rd. 23 Mio. € Haushaltsreste) und Kopplungen (0,164 Mio. €) ergibt sich nach derzeitiger Erkenntnis ein Haushaltssoll (Ausgabenermächtigung) von 124.225.055 €.
Das IST beträgt am 31.07.2012 76.355.367 €. Nach schematischer Hochrechnung würde sich nach derzeitiger Erkenntnis eine Ausgabe von 130.894.915 € ergeben. Danach würde die Ausgabenermächtigung um 5,4% überschritten.
Dieses Ergebnis ist nicht realistisch, da es bei rein schematischem Vorgehen die geleisteten höheren Ausgaben des ersten auch für das zweite Halbjahr unterstellt. Darüber hinaus wird aufgrund der Deckungsfähigkeiten der Titelgruppen 71 und 86 im Hochschulbereich über die Obergruppen 51-54 und 81 und 82 am Ende des Jahres 2012 ein Ausgleich stattfinden, so dass hier keine Überschreitung vorliegen wird.

Sächliche Investitionsausgaben:
Die Haushaltsansätze 2012 in Höhe von 19.543.600 € werden durch Reste in Höhe von rd. 5,06 Mio. € unterfüttert, sodass ein Haushaltssoll (Ausgabenermächtigung 2012), von 24.600.307 € zur Verfügung steht.
Nach schematischer Hochrechnung – das Ist zum 31.07.2012 beträgt 3.409.862 € – würde lediglich 5.845.479 € ausgegeben. Danach würde die Ausgabenermächtigung um 76,2 % unterschritten. Das ist auch lebensfremd und ebenfalls im Kontext der Deckungsfähigkeiten der Titelgruppen 71 und 86 Hochschulbereich zu sehen. Auch hier wird – wie in jedem Jahr – keine Budgetüberschreitung erwartet.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Das überarbeitete Budgetierungsmodul wird für den Einzelplan 09, den größten Personalkörper des Landes, als Kontroll- und Vergleichsinstrument zu den eigenen Berechnungen teilweise eingesetzt. Seitens des Ressorts wurden u.a. Dateien entwickelt, die notwendiges Zahlenmaterial, wie Haushaltssoll und aktuelle Ist-Ausgaben, aus der vom Finanzministerium bereitgestellten Datei FM Kasse beziehen. Derzeit werden folgende Dateien genutzt:

- Datei FM Kasse.XLS,
- Datei Personal.XLS,

- Budgetierungsdatensatz,
- Stellenbewirtschaftungsprogramm Schule,
- Zahlfall- und Ausgabendateien 1996-2010.

Einzelplan 10 – Rechnungshof

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Nach dem derzeitigen Kenntnisstand und der zu erwartenden Ausgabenentwicklung wird das Budget in der Hauptgruppe 4 im Haushaltsjahr 2012 nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden. Der Personalbestand hat sich im Berichtszeitraum deutlich erhöht. Dem Abgang von einer Beschäftigten standen neun Neueinstellungen (sieben Beamte, zwei Beschäftigte) gegenüber.
Bis zum Jahresende werden acht Bedienstete aus dem Dienst ausscheiden. Aktuell laufen vier Stellenbesetzungsverfahren. Eine der ausgeschriebenen Stellen wird wahrscheinlich noch im zweiten Halbjahr 2012 besetzt werden. Mit den weiteren Personalzugängen wird im ersten Quartal 2013 gerechnet.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Das Budget bei den Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 529 und 531) wird im laufenden Haushaltsjahr voraussichtlich nicht ausreichen. Mehrausgaben werden insbesondere beim Geschäftsbedarf, bei den Reisekostenvergütungen sowie im IT-Bereich für den Erwerb und die Wartung von Software anfallen.
Bei der Obergruppe 81 werden für Möbelbeschaffungen eventuell ebenfalls zusätzliche Haushaltsmittel benötigt.
Entsprechend der bisherigen Praxis wird sich der Rechnungshof Rheinland-Pfalz auch in diesem Jahr auf freiwilliger Basis an der Bewirtschaftungsvorgabe für die Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 nach Nr. 2.1 der Verwaltungsvorschrift zur Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im Haushaltsjahr 2012 beteiligen.
Die Mehrausgaben, die über die zur Bewirtschaftung freigegebenen bereinigten Ausgaben hinausgehen, können durch die Minderausgaben bei der Hauptgruppe 4 gedeckt werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Über die sparsame und wirtschaftliche Inanspruchnahme der erteilten Ausgabeermächtigungen hinausgehende besondere Organisations- und Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie Instrumente zur Steuerung, Optimierung und Kontrolle des Mitteleinsatzes der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 529 und 531) sowie 81 und 82 sind für das Haushaltsjahr 2012 bislang nicht erforderlich geworden.
Die Steuerung der Ausgaben der Hauptgruppe 4 erfolgt über eine mittelfristige Personalplanung mit entsprechenden Modellrechnungen auch mit Hilfe des Moduls zur Personalausgabenbudgetierung.

Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Personalausgaben:
Die Ist-Ausgaben zum 31.07.2012 belaufen sich auf rd. 90,61 Mio. €. Die Abweichung von der Prognose (90,91 Mio. €) beträgt rd. 0,3 Mio. €.
Für den Einzelplan 14 wurde auch für das Haushaltsjahr 2012 mit Blick auf die Budgetsituation eine strikte Wiederbesetzungssperre erlassen. Nach derzeitiger Einschätzung wird im Jahr 2012 das Personalausgabenbudget für den Einzelplan 14 unter Berücksichtigung von Ausgaberesten und Verstärkungen über Kopplungsvermerke insgesamt eingehalten werden können. Ggfl. ist zwischen den Kapiteln im Rahmen der haushaltsrechtlichen Instrumente ein Ausgleich herzustellen.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Gegenüber den zum 31.07.2012 erwarteten Ausgaben von rd. 23,34 Mio. € wurden Ist- Ausgaben in Höhe von rd. 21,13 Mio. € nachgewiesen.
Zum 31.12.2012 werden Ausgaben in Höhe von rd. 46,4 Mio. € prognostiziert. Die veranschlagten Mittel werden vollständig in Anspruch genommen. Die Ausgabenquote unter Berücksichtigung von Kopplungsvermerken und Ausgaberesten liegt bei rd. 70 v.H.

Anlage 6

Investitionsausgaben:
Hauptgruppe 7
Die Ist-Ausgaben zum 31.07.2012 belaufen sich auf rd. 8,55 Mio. € und damit 13 v.H. der Ausgabeermächtigung. Im Vordergrund stehen der Bau von Retentionsräumen sowie die Verstärkung von Deichen an Gewässern I. Ordnung.
Bis zum Jahresende wird eine Inanspruchnahme der Ausgabeermächtigung in Höhe von rd. 51 v.H. prognostiziert. Der weitere Mittelabfluss ist jedoch abhängig von Faktoren wie z.B. Fortschritt der Baumaßnahmen, Entwicklung der Baupreise, Mittelabruf der beauftragten Unternehmen einschließlich der Prüfung dieser Anforderungen.

Obergruppen 81 und 82
Zum Stichtag 31.07.2012 sind für sächliche Investitionen Ausgaben in Höhe von rd. 2,35 Mio. € angefallen. Bis zum Jahresende wird ein Ausgabevolumen von rd. 6,90 Mio. € prognostiziert. Somit werden die Haushaltsansätze voraussichtlich vollständig in Anspruch genommen. Bezogen auf das Gesamtsoll wird die Ausgabenquote zum Jahresende voraussichtlich rd. 62 v.H. betragen.
Die Veranschlagung der Investitionen, insbesondere in den technisierten Laborbereichen, erfolgt unter Zugrundelegung der regulären Nutzungsdauer der Geräte und Einrichtungen.
Ersatzbeschaffungen werden, soweit dies fachlich vertretbar ist, erst durchgeführt, wenn eine weitere Nutzung unwirtschaftlich wäre. Hieraus kann es zu zeitlichen Verlagerungen von Beschaffungsvorhaben kommen. Die regelmäßigen längeren Nutzungsdauern führten zu Einsparungen, die im Rahmen der Bonusregelung vorgetragen wurden. Dies hat zum Aufbau von Resten geführt, die auch wegen der Umsetzung von Einsparauflagen Zug um Zug abgebaut werden. Insofern kann auch hier nicht aus dem Mittelabfluss auf die tatsächliche Belastung geschlossen werden.

Anlage 7

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 03 22 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Vermessungs- und Katasterverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Strukturierte Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Seit dem Jahr 2005 liegt neben der Liegenschaftsbeschreibung auch die Liegenschaftskarte landesweit flächendeckend als digitaler Datenbestand vor (Automatisierte Liegenschaftskarte - ALK). Mit der zunehmenden Verwendung dieser Geobasisinformationen in graphischen Informationssystemen anderer Fachdisziplinen steigen die Anforderungen an deren inhaltliche und geometrische Qualität. Zunehmend wird dabei jedoch festgestellt, dass das Liegenschaftskataster diesen gesteigerten Erwartungen in Teilbereichen nicht entspricht. Unzulänglichkeiten werden insbesondere dann sichtbar, wenn die aus der Liegenschaftskarte ermittelte Flurstücksfläche nicht mit der "amtlichen Fläche" in der Liegenschaftsbeschreibung übereinstimmt. Ursache sind dabei größtenteils historisch bedingte Mängel einer in Teilen fast 200 Jahre alten Vermessungsgrundlage. Auf wirtschaftliche Art und Weise sollen in den nächsten 15 Jahren gemarkungsweise - vorrangig in den bebauten Bereichen und den landwirtschaftlich genutzten Flächen - die Ursachen für die Mängel untersucht und bereinigt werden. Die Qualität des Liegenschaftskatasters soll mit diesem Leistungsauftrag landesweit an den technischen und rechtlichen Anspruch der Kunden an die Geobasisinformationen herangeführt werden. Von 2009 bis zum Jahr 2023 sollen 1.055 der ca. 3.000 Gemarkungen des Landes untersucht und bereinigt werden. Eine jährliche Leistung von 100 Gemarkungen bis 2013, 75 Gemarkungen daran anschließend bis 2017 und 50 Gemarkungen daran anschließend bis 2023 wird angestrebt.

Ziel:	Zielgröße(n)		Zeit	Beginn	Ende	Soll	Stand
	Gemarkungen	rd. 1.055	15 Jahre	01.01.2009	31.12.2023	330	284

Mengen											
Bereinigte Gemarkungen Haushalt 2010	225	330	284	-46	-13,9%	355					►

Erläuterung:

Insbesondere aufgrund der immer noch nicht vollständig verfügbaren Funktionen des neuen ALKIS-Systems waren verringerte Arbeitsergebnisse zu verzeichnen. Zusätzlich bleibt die Anzahl der untersuchten und bereinigten Gemarkungen hinter den geforderten Qualitätsanforderungen zurück. Deshalb liegt der Fokus auf der Bereinigung der festgestellten Mängel und geht zu Lasten von weiteren zu bereinigenden Gemarkungen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Aufbau eines digitalen Oberflächenmodells für Rheinland-Pfalz

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Die Geobasisinformationen des amtlichen Vermessungswesens modellieren bisher grundsätzlich die dreidimensionale Ausformung der Erdoberfläche in Form eines gleichmäßigen Punktrasters mit Höheninformationen (Digitales Geländemodell - DGM). Differenzierte Fachanwendungen aus den Bereichen Raumordnung und Landesplanung, Bauleitplanung und städtebauliche Entwicklungsplanung oder Umwelt- und Hochwasserschutz erfordern zunehmend ein Digitales Oberflächenmodell (DOM), das präzise dreidimensionale Informationen über die höhenmäßige Ausformung der Erdoberfläche einschließlich der auf ihr befindlichen Gebäude und topographischen Objekte liefert. Das über Laserscanning-Verfahren erhobene DOM wird im Hochwasserschutz, in der Archäologie und der Denkmalpflege, für die Simulation von Immissionen (Lärm, Luft) und Bodenerosionen (Cross Compliance), in der Tourismusbranche und in der Wirtschaftsförderung, im Katastrophenschutz (Rettungsdienste), in der Navigationstechnik und in der Telekommunikation benötigt. Das DOM soll in den kommenden zehn Jahren sukzessive entsprechend den Anforderungen der Kunden flächendeckend aufgebaut werden. Der Aufbau des DOM soll von 2009 bis zum Jahr 2019 erfolgen. Eine jährliche Leistung von 2.000 km² bis zum Jahr 2011 und anschließend von 1.750 km² wird angestrebt.

Ziel:	Zielgröße(n)		Zeit	Beginn	Ende	Soll	Stand
	km²	ca. 20.000	11 Jahre	01.01.2009	31.12.2019	6.875	10.850

Mengen											
Fertiggestelltes DOM in km²	9.255	6.875	10.850	3.975	57,8%	7.750					▲

Anlage 7

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 03 22 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Vermessungs- und Katasterverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Ausbau der Geodateninfrastruktur Rheinland-Pfalz **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Die Verfügbarkeit von Geodaten nimmt bei der Aktivierung von Wertschöpfungsketten in Verwaltung und Wirtschaft, aber auch als Informationsquelle für die Bürgerinnen und Bürger eine herausragende Rolle ein. Deshalb sollen möglichst alle geo-relevanten Fachdaten der behördlichen und kommunalen Stellen in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den Geobasisinformationen der VermKV im Internet bereitgestellt werden. Dies insbesondere unter dem zeitlichen Fokus der Umsetzungsverpflichtung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE). Neben Internetdiensten, die dem Kunden die Recherche und das Darstellen und Betrachten von digitalen Karten und Daten erlauben, sollen weitergehende Funktionalitäten wie das Einbinden von Kartendiensten und der Download von Fachinformationen unmittelbar über das Internet zur Verfügung gestellt werden. Es ist das Ziel dieses Leistungsauftrags, durch intensive Beratung und Unterstützung der ca. 250 geodatenhaltenden Stellen bei Kommunen und Landesverwaltungen auf allen Ebenen die Anzahl der Dienste anbietenden Stellen in den nächsten sechs Jahren entsprechend zu erhöhen.											
Mengen											
Diensteanbieter (Anzahl)	82	160	94	-66	-41,3%	110					▼

Erläuterung:

Die verschiedenen Geodaten verarbeitenden Stellen nutzen aus finanziellen, personellen oder strategischen Gründen nicht die Möglichkeit zur Bereitstellung ihrer Geodaten als Kartendienste im GeoPortal.rlp. Die intensive Kommunikation zwischen der zentralen Stelle GDI (Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation) sowie den Vermessungs- und Katasterämtern mit den Geodaten verarbeitenden Stellen wird im Hinblick auf die Betroffenheitsprüfung identifizierter INSPIRE-relevanter Datensätze zur Bereitstellung von GeoWebDiensten fortgeführt. Dazu sind eine Handlungsempfehlung zur Identifizierung für Kommunen zur Bereitstellung von Geodaten als Hilfestellung sowie Projekte mit den kommunalen Spitzenverbänden in Arbeit.

Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die ursprünglich erwartete Anzahl der Diensteanbieter hat sich als zu hoch erwiesen. Im neuen Haushaltsgesetz 2012/2013 wurde die Planzahl deshalb bereits angepasst.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 8

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 04 04 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Steuerverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Finanzämter in Rheinland-Pfalz (bisher sind nur "Kernaufgabenbereiche" erfasst)											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Kennzahlen aus dem Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern.											
Veranlagungsstelle (ohne Körperschaften)											
Durchschn. Mehrergebnis pro Erstveranlagung in €											
Abweichungsquote (Mehrergebnis) ohne Fälle unter 100 €	17,0%	15,0%	16,8%	1,8%	12%	15,0%					▲
Durchschn. Durchlaufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	49,2	60,0	52,9	-7,1	-12%	60,0					▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen letzter Veranlagungszeitraum	56,7%	15,0%	15,9%	0,9%	6%	56,0%					▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen vorletzter Veranlagungszeitraum	98,5%	88,0%	88,7%	0,7%	1%	98,0%					▲
Gesamtpersonaleinsatz in Minuten pro Einkommensteuer-/ Feststellungsbescheid Teilbezirk	196,8		163,9								
Gesamtkosten in € pro Einkommensteuer-/ Feststellungsbescheid	133 €		115 €								
Altfallquote Einsprüche (Veranlagung) > 12 Monate	9,2%	10,0%	9,2%	-0,8%	-8%	10,0%					▲
Arbeitnehmerstelle											
Durchschn. Mehrergebnis pro Erstveranlagung in €											
Abweichungsquote (Mehrergebnis) ohne Falle unter 100 €	11,4%	10,0%	10,7%	0,7%	7%	10,0%					▲
Durchschn. Durchlaufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	40,7	52,0	39,6	-12,4	-24%	48,0					▲
Anteil erledigter Antragsveranlagungen an eingegangenen Erklärungen letzter Veranlagungszeitraum	97,8%	75,0%	84,0%	9,0%	12%	90,0%					▲
Gesamtpersonaleinsatz in Minuten pro Einkommensteuerbescheid Arbeitnehmerstelle	104,3		53,4								
Gesamtkosten in € pro Einkommensteuerbescheid Arbeitnehmerstelle	69 €		37 €								
Altfallquote Einsprüche (ANSt) > 6 Monate	5,7%		4,3%								
Körperschaftsteuerstelle											
Durchschn. Durchlaufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	45,1	60,0	56,4	-3,6	-6%	65,0					▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen letzter Veranlagungszeitraum	49,9%	10,0%	11,0%	1,0%	10%	50,0%					▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen vorletzter Veranlagungszeitraum	98,3%	88,0%	92,6%	4,6%	5%	97,0%					▲
Fortbildung der Bediensteten											
Zahl der Veranstaltungen	1.271		817								
davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	46		37								
davon Fremdsprachliche Fortbildung	2		2								
Zahl der Teilnehmer/-innen	18.583		9.045								
davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	419		353								
davon Fremdsprachliche Fortbildung	32		11								
Anzahl der Fortbildungstage	28.699		11.666								
davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	507		402								
davon Fremdsprachliche Fortbildung	96		20								

Arbeitnehmerstelle (ANSt)

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

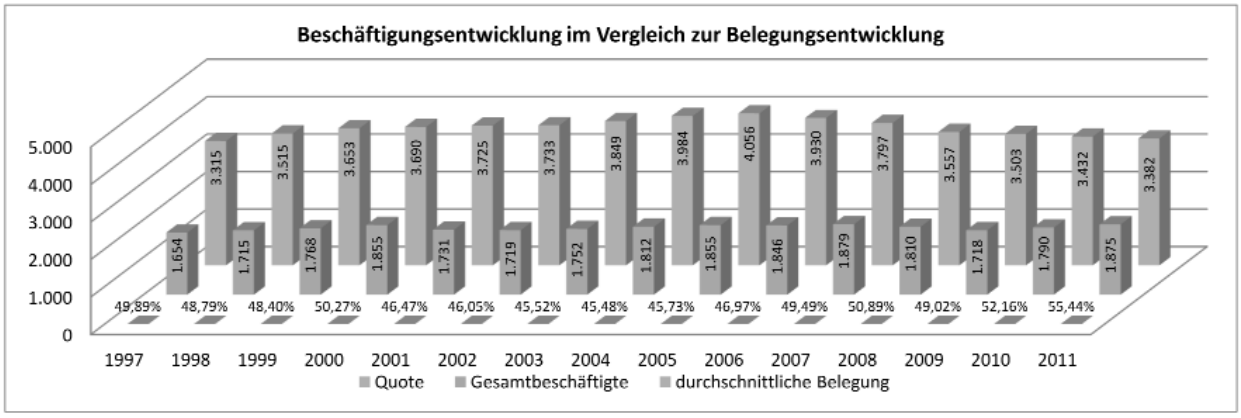
Anlage 9

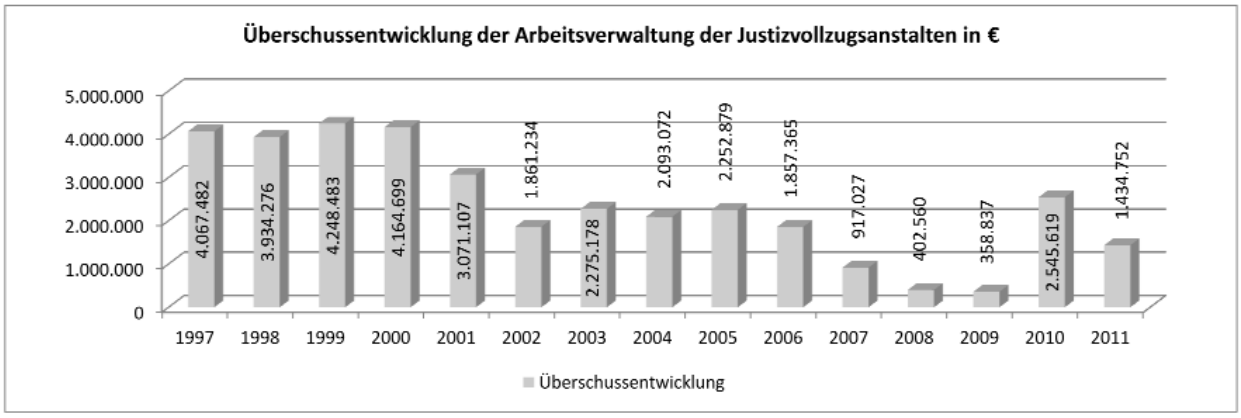
§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 05 04 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Die Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugs- und Jugendstrafanstalten haben den gesetzlichen Auftrag zur Beschäftigung der Gefangenen zu erfüllen.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Sicherung und Steigerung der Beschäftigungslage der Gefangenen, Verbesserung von Produktivität der Arbeitsbetriebe und deren Gewinnerzielung											
Beschäftigte Gefangene [Anzahl]	1.875	1.824	1.762	-62	-3,4%	1.798					►
Überschussentwicklung / Gewinnerzielung [EUR]	1.434.752	-109.800	346.381	456.181	415,5%	490.100					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Für die erste Jahreshälfte 2012 war ein Rückgang der Beschäftigungsquote um 2,7 % erwartet worden. Maßgeblich für diese Annahme waren schwankende Belegungszahlen und die damit verbundene Problematik, nicht alle Betriebe kontinuierlich mit geeigneten Gefangenen ausstatten zu können.
Verringert hat sich die Quote zum 31.07.2012 letztlich um 3,4 %.
Der (negative) Planwert zur Überschussentwicklung beruht darauf, dass für den Berichtszeitraum höhere Investitionen als Einnahmen erwartet worden sind. Die Gründe für den hiervon positiv abweichenden Ist-Wert liegen in unerwartet hohen Umsatzzuwächsen in Unternehmerbetrieben sowie in der Verschiebung von Investitionen in die 2. Jahreshälfte.
Für das zweite Halbjahr 2012 wird eine leichte Verbesserung der Beschäftigungsquote erwartet. Wegen den noch notwendigen Investitionen ist allerdings nur mit einer moderaten Überschusssteigerung zu rechnen.





Anmerkungen zur Überschussentwicklung finden sie im aktuellen Haushaltsplan

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Job-Füxe											
Zahl der Job-Füxe	34	34	30	-4	-12%	31					►
Zahl erreichter und beratener Schülerinnen und Schüler	ca. 9.530	ca. 9.350	ca. 4.550	-4.800	-51%	ca. 4.680					▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die Job-Füxe helfen besonders Schülerinnen und Schülern in Schulen mit dem Bildungsgang "Berufsreife" durch präventive arbeitsweltorientierte Angebote, um die Übergänge zwischen Schul- und Berufssystem zu erleichtern. Damit fördern sie die dauerhafte berufliche und soziale Integration von jungen Menschen frühzeitig und ermöglichen ihnen langfristig den selbständigen Erwerb ihres Lebensunterhalts durch eine berufliche Tätigkeit. Die Job-Füxe sind besonders in den Abgangsklassen der Schulen mit Bildungsgang Berufsreife direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern, die Schule sowie für Ausbildungsbetriebe. Sie stellen ein kontinuierliches und breites Spektrum von Angeboten zur intensiven Unterstützung bereit.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Begleitung des Übergangs von Schulen mit Bildungsgang Berufsreife in den Beruf; Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Ermittlung des Planwertes zum 31.07.2012 basierte auf der Annahme, dass die bis 30.06.2012 laufenden Projekte fortgeführt werden. Das Anmeldeverfahren hat ergeben, dass 30 Projekte ab 01.07.2012 gefördert werden. Da seit 01.07.2012 aufgrund der Zielsetzung einer einheitlichen und vergleichbaren Darstellung der Teilnehmerstrukturen in den Projekten ausschließlich die Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen erfasst werden, ergibt sich insgesamt ein Teilnehmerrückgang. Ab 01.08.2012 startet ein weiteres Projekt.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 651.486 €; Landesmittel: 271.859 €.

Kommunale Jugend-Scouts											
Zahl der Jugend-Scouts	27	27	25	-2	-7%	27					►
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 5.190	ca. 5.190	ca. 1.990	-3.200	-62%	ca. 2.140					▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die kommunalen Jugend-Scouts sollen arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahre durch eine Vor-Ort-Beratung erreichen, die wegen persönlicher Merkmale vorhandene Angebote zur beruflichen Eingliederung nicht oder nicht mehr in Anspruch nehmen oder noch nicht eingegliedert werden konnten. Diese Hilfestellung soll die dauerhafte Eingliederung der arbeitslosen Jugendlichen in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem unterstützen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Ermittlung des Planwertes zum 31.07.2012 basierte auf der Annahme, dass die bis 30.06.2012 laufenden Projekte fortgeführt werden. Das Anmeldeverfahren hat ergeben, dass 25 Projekte ab 01.07.2012 gefördert werden. Seit 01.07.2012 werden ausschließlich Teilnehmende im Projekt gezählt, die in Betreuung stehen bzw. an den verbindlichen Modulen teilnehmen. Zwei weitere Projekte starten zum 01.08.2012.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 599.042 €; Landesmittel: 239.617 €.

Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik											
Zahl der Projekte	18	21	20	-1	-5%	18					►
Zahl erreichter Personen	ca. 1.030	ca. 2.130	ca. 1.950	-180	-8%	ca. 1.910					►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Es handelt sich um Projekte, die wirtschaftsnah, aber auch unter freier Trägerschaft rund um die Themenfelder „zielgruppen- und branchenspezifische Qualifizierungsmaßnahmen und -beratung, Anpassung an veränderte Arbeitswelten und Rahmenbedingungen, ältere Beschäftigte im Betrieb und Weiterbildungsnetzwerke“ angesiedelt sind. Sie sollen dazu beitragen, die Chancen der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Erhalt der Arbeitsplätze sowie die Möglichkeiten zur Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Präventiver Ansatz zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Planwert zum 31.07.2012 wurde unterschritten, da sich bei einem Projekt die Laufzeit verkürzte.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.870.711 €; Landesmittel: 1.212.708 €.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Konversion											
Zahl der Projekte	6	6	5	-1	-17%	4					▼
Zahl erreichter Personen	ca. 3.710	ca. 3.700	ca. 3.740	40	1%	ca. 3.730					▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Zentrale Aufgabe der Beschäftigungskonversion ist es, den unmittelbar und mittelbar vom Truppenabbau betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der US-Streitkräfte und der Bundeswehr Chancen zur Wiedereingliederung auf dem zivilen Arbeitsmarkt zu eröffnen. Zentrale Instrumente sind Outplacement-Beratung, Arbeitsvermittlung, Bildungsmanagement und Organisationsentwicklungsmaßnahmen an den Standorten. Darüber hinaus werden Weiterbildungsangebote entwickelt und durchgeführt, die darauf abzielen, die Vermittlungsfähigkeit dieser Personen auf den zivilen Arbeitsmärkten zu erhöhen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Unterstützung bei der Integration von der Konversion Betroffener in den Arbeitsmarkt.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Das Programm wurde bei der Zahl der Projekte leicht unterschritten, da ein Projekt aufgrund des Abschlusses des Ausbildungsjahres ausgelaufen ist. Gleichwohl wurde die Teilnehmerzahl aufgrund erhöhter Bedarfe im Bereich Qualifizierung erreicht.

Konversionsmittel: 1.387.081 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die Landesarbeitsmarktpolitik will die Jobcenter im Rahmen eines eigenständigen Beitrags über ein zusätzliches qualitatives und quantitatives Engagement - entsprechend der Bedarfslage vor Ort - bei der Wiedereingliederung von SGB II-Bezieherinnen und -Beziehern unterstützen. Über das Engagement des Landes sollen die Aktivierungsquoten erhöht und/oder besonders benachteiligte Zielgruppen gefördert werden. Orientiert an der Zahl der ALG II-Bezieherinnen und -Bezieher wurden hierfür sog. regionale Budgets gebildet. Damit können sowohl zusätzliche Arbeitsgelegenheiten als auch zusätzliche Qualifizierungselemente in Arbeitsgelegenheiten gefördert bzw. andere Eingliederungsleistungen aus dem SGB II aufgestockt werden. Zur Umsetzung dieser regionalen Budgets können sich die Jobcenter freier Träger bedienen.

Projekte für langzeitarbeitslose Menschen (SGB II-Flankierung)											
Zahl geförderter Projekte bei den ARGEN/ optierenden Kommunen	126	125	143	18	14%	141					▲
Zahl erreichter Personen	ca. 8.060	ca. 8.090	ca. 8.840	750	9%	ca. 8.850					▲

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Wiedereingliederung langzeitarbeitsloser SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger in den ersten Arbeitsmarkt.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Planwert wurde entsprechend der vorliegenden Antragslage überschritten.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 10.472.692 €; Landesmittel: 6.351.676 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Qualifizierungsprojekte für Zielgruppen im SGB III-Bezug mit besonderem Förderbedarf oder für besondere politische Schwerpunktsetzungen, die in Absprache mit den Agenturen für Arbeit umgesetzt werden. Die Projekte sollen Arbeitslose, insbesondere benachteiligte Personengruppen unterstützen, eine berufliche Tätigkeit als Selbständige oder Selbständiger oder als abhängig Beschäftigte oder abhängig Beschäftigter aufzunehmen. Andere Projekte haben die Flankierung des Strukturwandels und IT-Personalberatung, die Unterstützung von Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen und Mentorenansätze für weibliche Beschäftigte in "männlichen Berufen" zum Gegenstand.

Projekte für arbeitslose Menschen und besondere Zielgruppen außerhalb des SGB II (SGB III-Projekte)											
Zahl der Projekte	56	78	78	0	0%	57					▲
Zahl erreichter Personen	ca. 1.800	ca. 4.060	ca. 2.720	-1.340	-33%	ca. 2.650					▼

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Unterstützung von SGB III-Empfängerinnen und -empfängern sowie Beschäftigten mit problematischen Berufsperspektiven zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Zahl der Projekte konnte erreicht werden. Die angenommenen Teilnehmerdaten konnten nicht erreicht werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 2.360.767 €; bewilligte Landesmittel: 3.215.762 €

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Für rheinland-pfälzische Jugendliche, denen es aufgrund ihrer persönlichen Voraussetzungen nicht gelingt, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden und die auch nicht für eine Berufsvorbereitung im Rahmen einer berufsvorbereitenden Maßnahme geeignet sind und denen keine andere arbeitsmarktpolitische Integrationsmaßnahme angeboten wurde, werden in diesem Ansatz berufshinführende Maßnahmen durchgeführt. Neben Bewerbungstrainings erhalten die Jugendlichen praxisnahe Einblicke in Berufsbilder und fachbezogene Qualifikationen. Zudem werden sie sozialpädagogisch betreut, was im Rahmen einer nachsorgenden Betreuung durchgeführt werden kann. Damit werden die Chancen der Jugendlichen auf einen Berufseinstieg verbessert.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Integration arbeitsloser Jugendlicher in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Fit für den Job											
Zahl der Projekte	14	20	19	-1	-5%	19					►
Zahl erreichter Jugendlicher	0	ca. 410	ca. 350	-60	-15%	ca. 350					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Tatsächlich wurden die Projekte im geplanten Umfang durchgeführt. Der Planwert zum 31.07.2012 wurde fehlerhaft ermittelt.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.133.905 €; bewilligte Landesmittel: 1.133.905 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Es handelt sich zum einen um Projekte, die Netzwerke für die berufliche Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten unterstützen und zum anderen um Ausbildungsprojekte sowie Projekte zur Vorbereitung von Migrantinnen und Migranten auf eine Ausbildung. Des weiteren sollen über die Projekte Eltern, aber auch Multiplikatoren/-innen erreicht werden, die besonders jungen Migrantinnen und Migranten bei der Berufswahl helfen können.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Integration von jungen Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt.

Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund											
Zahl der Projekte	14	12	11	-1	-8%	12					►
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 930	ca. 770	ca. 700	-70	-9%	ca. 960					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Prognosewert zum 31.07.2012 wurde leicht unterschritten, da ein Projekt inhaltlich einem anderen Förderansatz zugeordnet wurde.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 836.374 €; Landesmittel: 327.862 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Bei den Berufsmentorinnen und Berufsmentoren handelt es sich um bei den Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern verankerte Beraterinnen und Berater, deren Aufgabe die Betreuung von Jugendlichen ist, die sich in einer Einstiegsqualifizierung (EQJ) oder Ausbildung in rheinland-pfälzischen Betrieben befinden. Ziel ist es, dass möglichst viele Jugendliche die Einstiegsqualifizierung oder Ausbildung zum Abschluss bringen und direkt im Anschluss daran mit einer Ausbildung bzw. Beschäftigung beginnen können. Die Berufsmentorinnen und Berufsmentoren sind direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Jugendliche, für die Betriebe und begleiten und beraten diese während der Dauer der Einstiegsqualifizierung bzw. Ausbildung. Zudem betreuen die Berufs-mentorinnen und Berufsmentoren die Jugendlichen aus EQ bei Bedarf in der ersten Phase nach der Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis, um einen Ausbildungsabbruch zu vermeiden. Neben der Förderung durch Berufsmentorinnen und Berufsmentoren wird für leistungsschwächere Jugendliche ein Förder- und Stützunterricht gefördert.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Begleitung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz im Rahmen der Einstiegsqualifizierung oder Ausbildung zur Integration in Ausbildung und Arbeit; Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen.

Berufsmentoring											
Zahl der Mentoren	3	6	7	1	17%	7					▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 370	ca. 1.220	ca. 1.240	20	2%	ca. 1.240					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Förderansatz konnte wie geplant umgesetzt werden. 1 Projekt hat erst später begonnen, weshalb dieses bei der Planung nicht berücksichtigt werden konnte.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 361.484 €; Landesmittel: 135.001 €

Anlage 10

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Das wesentliche Ziel der regionalen Beschäftigungsentwicklerin oder des regionalen Beschäftigungsentwicklers ist es, neue Beschäftigungsfelder in der Region aufzuspüren und zu entwickeln sowie zusätzliche betriebliche Arbeitsplätze in der Region gemeinsam mit Unternehmen zu schaffen. Darüber hinaus soll die regionale Beschäftigungsentwicklerin oder der regionale Beschäftigungsentwickler Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner der Unternehmen für beschäftigungsrelevante Fragen sein. Dabei sollen vor allem die Handlungsfelder „zusätzliche betriebliche Arbeitsplätze, lokale Ökonomien, regionale Branchenprofile und Qualifizierungsstrategien“ bearbeitet werden. Zur Umsetzung dieser Aufgabenstellung soll die regionale Beschäftigungsentwicklerin oder der regionale Beschäftigungsentwickler in den regionalen Gebietskörperschaften an der Schnittstelle „Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung“ oder einer vergleichbaren Stelle eingesetzt werden. Modellmaßnahmen sollen der Erprobung und Weiterentwicklung innovativer und modernisierender Bildungsinstrumente dienen und Modellprojekte zur Zielsetzung „Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie -fähigkeit“ beitragen. **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sowie der Voraussetzungen zur Entstehung zusätzlicher Arbeitsplätze auf regionaler Ebene.											
Regionale Beschäftigungsentwickler											
Zahl der Beschäftigungsentwickler	5	5	4	-1	-20%	4					▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Prognosewert wurde leicht unterschritten, da ein Projektträger den Antrag zurückgenommen hat.

Sonstige Erläuterung:
Da die Förderung von regionalen Beschäftigungsentwicklerinnen und Beschäftigungsentwicklern keinen teilnehmerorientierten Ansatz darstellt, können keine Aussagen zur Anzahl der erreichten Personen getroffen werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 97.076 €; Landesmittel: 38.830 €.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die Projekte zielen darauf ab, dass sich die Jugendlichen frühzeitig mit ihren eigenen beruflichen Perspektiven befassen und sie eine möglichst umfassende Berufsorientierung erhalten. Berufswunsch und Ausbildungsmöglichkeiten sollen passgenau miteinander in Einklang gebracht werden. Besondere Zielgruppen der Projekte sind Jugendliche mit Unterstützungs- oder Informationsbedarf. Vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit engem Berufswahlsprektrum oder mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen sollen davon profitieren. Vorhandene Defizite können so frühzeitig aufgearbeitet und wichtige Informationen vermittelt werden.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Vertiefte Berufsorientierung für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf.

Vertiefte Berufsorientierung											
Zahl der Projekte	23	22	24	2	9%	22					▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 2.990	ca. 3.350	ca. 3.130	-220	-7%	ca. 2.960					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Prognosewert wurde überschritten, da Projekte nach dem Stichtag begonnen haben.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 760.406 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die Bildung von Netzwerken soll dazu beitragen, dass die einzelnen mitwirkenden Institutionen im ständigen Austausch zusammenarbeiten und so eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem oder die Gesellschaft erreicht wird.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Verknüpfung und Koordination verschiedener Arbeitsmarktakteure in Netzwerken.

Förderung von Netzwerken											
Zahl der Projekte	38	29	30	1	3%	24					▲
Zahl erreichter Personen	ca. 8.570	ca. 7.460	ca. 7.460	0	0%	ca. 7.350					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Prognosewert zum 31. Juli 2012 wurde erreicht.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.205.831 €; Landesmittel: 3.901.237 €.

Anlage 10

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Es erfolgt eine Konzentration auf die Begleitung von Gründerinnen und Gründern in der Phase nach der Gründung. Wichtigstes Instrument ist die Beratung und das Coaching von Gründern/-innen nach der Gründungsphase, um die Stabilität der Unternehmensgründung zu unterstützen. Dabei erfolgt hier in Abgrenzung zu den Existenzgründungsprogrammen des Bundes eine Konzentration auf Gründungen aus der Arbeitslosigkeit und zwar besonders für Menschen mit Migrations-hintergrund.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Unterstützung während der Gründungsphase											
Beratung vor und nach der Existenzgründung											
Zahl der Projekte	6	4	4	0	0%	4					▲
Zahl erreichter Personen	ca. 1.010	ca. 610	ca. 500	-110	-18%	ca. 490					▼
Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen: Aufgrund von Rechtsänderungen konnte zwar die Zahl der Projekte umgesetzt werden, jedoch die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ging zurück, da nunmehr auch Existenzgründerinnen und -gründer nach der Existenzgründung von den Jobcentern gefördert werden können.											
ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 407.678 € ; Landesmittel: 17.033 €											
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Hier handelt es sich um spezifische Projekte für Frauen. Diese Maßnahmen sind in ihrer konzeptionellen Ausrichtung ausschließlich für Frauen bestimmt. Zum einen handelt es sich um Maßnahmen für sozial benachteiligte, alleinerziehende Frauen (auch mit Migrationshintergrund), desweiteren um Ausbildungsprojekte und Maßnahmen zur Vermittlung von Mädchen und Frauen in technische und handwerkliche Berufe.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Integration, Qualifikation und Vermittlung von arbeitslosen Frauen.											
Projekte für die Zielgruppe Frauen											
Zahl der Projekte	23	13	28	15	115%	28					▲
Zahl erreichter Frauen	ca. 6.270	ca. 6.060	ca. 6.660	600	10%	ca. 6.660					▲
Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen: Die Planungen übertreffend konnten verstärkt frauenspezifische Projekte umgesetzt werden.											
ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.096.297 €; Landesmittel: 713.702 €.											

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 11

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 07 02 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) regelt Maßnahmen zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit durch frühe Förderung und rechtzeitige Hilfen zur Vermeidung von Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung. Zielführend sind dabei zwei wesentliche Ansätze:
- Aufbau lokaler Netzwerke zur Förderung des Kindeswohls und zur Verbesserung des Kinderschutzes
- Förderung von Kindergesundheit, besonders durch die Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder

Für Leistungen nach dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit stehen im Landeshaushalt 2012 bei Kapitel 06 02 und 07 02 Titel 633 02 insgesamt 2.710.000 € zur Verfügung. Mit diesen Haushaltsmitteln unterstützt das Land besonders die Träger der Jugendämter. Sie erhalten eine pauschale Förderung von sieben Euro pro Jahr für jedes Kind, das das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hat (rd. 1,35 Mio €). Für die den Gesundheitsämtern durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben erfolgen pauschale Kostenerstattungen des Landes an die Träger der Gesundheitsämter in Höhe von drei Euro pro Jahr für jedes Kind im Dienstbezirk des jeweiligen Gesundheitsamts, das das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hat (rd. 0,58 Mio €). Das Land trägt außerdem die Kosten des Einladungs- und Erinnerungsverfahrens zu den Früherkennungsuntersuchungen (rd. 0,78 Mio. €).

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

1. Aufbau lokaler Netzwerke in allen Kommunen

Die überregionale Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung unterstützt die 41 rheinland-pfälzischen Jugendämter bei der Weiterentwicklung der lokalen Netzwerke. Sie berät die Kommunen bei der Ausgestaltung der Netzwerke und wirkt auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote hin. Sie erarbeitet Umsetzungsempfehlungen hinsichtlich der im Gesetz enthaltenen Aufgabenstellungen für die Gesundheits- und Jugendämter.
Zu den Themen im Kontext des Landesgesetzes (z.B. frühe Hilfen, Kindesschutz und Vernetzung) werden Fortbildungsangebote entwickelt. Der Transfer von Erkenntnissen und Erfahrungen zwischen den Jugendämtern und zwischen Jugend- und Gesundheitsämtern wird unterstützt.

Aufbau lokaler Netzwerke und Fortbildungsveranstaltungen											
Lokale Netzwerke in den Kommunen	34	34	34	0	0,00%	34					▲
Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen der Servicestelle	16	7	19	12	171,43%	36					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die von der Servicestelle angebotenen Fortbildungen besonders im Rahmen des Programms "Guter Start ins Kinderleben" waren stark nachgefragt, so dass das Angebot an Veranstaltungen erweitert wurde.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

2. Förderung der Kindergesundheit durch die Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder

Das Landesgesetz regelt die Sicherstellung eines verbindlichen Einladungswesens zu den Früherkennungsuntersuchungen. Hierfür wurde auf Landesebene eine Zentrale Stelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) eingerichtet. Das LSJV hat zentrale Aufgaben im Zusammenhang mit dem Einladungswesen an das Zentrum für Kindervorsorge beim Universitätsklinikum des Saarlandes in Homburg (ZfK) übertragen. Dieses versendet an die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter kurz vor Anstehen einer Früherkennungsuntersuchung ein Einladungsschreiben, dem der Vordruck einer Untersuchungsbestätigung beigefügt ist, die durch den Arzt / die Ärztin an das ZfK zurückgesandt wird. Die Eltern erhalten ein Erinnerungsschreiben, wenn dem ZfK keine Information über die Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung vorliegt. Geht trotz Erinnerung keine Untersuchungsbestätigung im ZfK ein, wird das örtlich zuständige Gesundheitsamt informiert, dass das Angebot der Früherkennung nicht in Anspruch genommen wurde.
Es erfolgt eine zeitnahe und gezielte Kontaktaufnahme durch Mitarbeiter/-innen der Gesundheitsämter, um die Eltern zu motivieren, die Früherkennungsuntersuchung im Interesse eines gesunden Aufwachsens ihres Kindes zu nutzen. Wenn Eltern trotz dieser fachlichen Beratung des Gesundheitsamtes (GA) die Früherkennungsuntersuchung nicht nutzen, informiert das Gesundheitsamt das Jugendamt (JA).
Das beschriebene Verfahren gilt für die Früherkennungsuntersuchungen der Untersuchungsstufen U4 bis U9. Zur Früherkennungsuntersuchung J1erfolgt nur eine Einladung an die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter zur anstehenden Untersuchung für ihre Kinder.

Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungesuntersuchungen bei Kindern											
Einladungsschreiben gesamt (U 4 - U9)	225.486	131.000	141.305	10.305	7,87%	242.250					▲
Erinnerungsschreiben gesamt (U4 - U9)	70.300	40.500	40.937	437	1,08%	70.200					►
Meldungen durch das Zentrum für Kindervorsorge (ZfK) an die Gesundheitsämter (GÄ) gesamt (U4 - U9)	24.174	14.000	12.349	-1.651	-11,79%	21.200					▲
Mitteilungen von den Gesundheitsämtern (GÄ) an die Jugendämter (JÄ) gesamt (U4 - U9)	1.709	950	879	-71	-7,47%	1.500					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Prognose-/Planwerte der Meldungen an die Gesundheitsämter und Jugendämter stellen eine maximal angestrebte Obergrenze dar. Eine Unterschreitung ist daher positiv zu bewerten.

Anlage 11

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 07 02 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen der Untersuchungsstufen U4 bis U9											
Teilnahmequote U4	99,78	100	99,62	-0,38	-0,38%	100					►
Teilnahmequote U5	99,72	100	99,55	-0,45	-0,45%	100					►
Teilnahmequote U6	99,70	100	99,56	-0,44	-0,44%	100					►
Teilnahmequote U7	99,56	100	99,55	-0,45	-0,45%	100					►
Teilnahmequote U7a	99,32	100	99,09	-0,91	-0,91%	100					►
Teilnahmequote U8	99,39	100	99,13	-0,87	-0,87%	100					►
Teilnahmequote U9	99,46	100	99,20	-0,80	-0,80%	100					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Teilnahmequote wurde aus der Zahl der Mitteilungen der Gesundheitsämter an die Jugendämter bezogen auf die Zahl der versendeten Einladungsschreiben im Berichtszeitraum ermittelt.
Das Ziel, nämlich die 100% Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen, wurde nur minimal unterschritten. Die Teilnahmequote liegt bei allen Untersuchungsstufen bei über 99 %.

Früherkennungsuntersuchung der Untersuchungsstufe J1: Durchführung i.d.R. zwischen dem vollendeten 13. und dem vollendeten 14. Lebensjahr											
J1 Einladungen	41.903	24.000	24.192	192	0,80%	41.500					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Zahl der tatsächlich erfolgten Einladungsschreiben lag geringfügig über der prognostizierten Zahl.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 12

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Anerkennung und Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten											
Beratungsstellen gesamt	60	61	60	-1	-2%	61					►
Geförderte Beratungsstellen	52	52	52	0	0%	52					▲
Geförderte Fachkräfte (in Vollzeit)	69,21	69,21	69,21	0,00	0,00%	69,21					▲
Beratungsfälle mit mehr als 2 Beratungen im lfd. Jahr	13.760 *)	6.500	7.500	1.000	15%	12.850					▲
Kurzberatungen (bis zu 2 Beratungen)	9.562 *)	5.100	5.500	400	8%	9.425					▲
Sicherstellung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität sowie Präventionsarbeit											
Abgeschlossene Beratungsverfahren einschl. Kurzberatungen	15.890 *)	8.200	9.200	1.000	12%	15.770					▲
landesweite Veranstaltungen/ Tagungen/ Schulungen/ Fortbildungen	7	4	4	0	0%	8					▲
Zahl der abschließend bearbeiteten Anfragen an das Schuldnerfach-beratungszentrum	340	180	230	50	28%	388					▲
Zugriffe auf Infohomepage beim Schuldnerfach-beratungszentrum	1.328.168	700.000	628.649	-71.351	-10%	1.050.000					►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) ist die nach § 1 des Landesgesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO) zuständige Behörde für die Anerkennung von „geeigneten Stellen" im Verbraucherinsolvenzverfahren. Gleichzeitig fördert das Landesamt gem. § 5 AGInsO die anerkannten geeigneten Stellen, soweit sie zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes sowie zur qualifizierten Erfüllung der Aufgaben nach § 2 AGInsO erforderlich sind.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten; Sicherung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität; Stärkung der Prävention.

Erläuterungen:

Zum 31.07.2012 war ursprünglich vorgesehen, eine weitere nicht geförderte Beratungsstelle anzuerkennen. Das Anerkennungsverfahren beim LSJV läuft noch; es ist damit zu rechnen, dass zum Jahresende 2012 diese Stelle die Anerkennung erhalten wird.
Die Zugriffe auf die Homepage des Schuldnerfachberatungszentrums (SFZ) sind zähltechnisch bedingt geringer, da nur noch die Zugriffe auf die originäre SFZ-Homepage (ohne Zusatzseiten) erfasst werden.

*) Der Istwert zum 31.12.2011 wurde korrigiert.

Haushaltsansatz: 1.972.800 €

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 13

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 03 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Produkt "Integrierte geowissenschaftliche Landesaufnahme" beim Landesamt für Geologie und Bergbau (LGB)

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Integrierte geowissenschaftliche Landesaufnahme											
Mengen											
Anzahl Karten	3	1	0	-1	-100,0%	1					▼
Abarbeitungsgrad von insgesamt 28 Kartenmanuskripten	65%	66%	66%	0%	0,7%	67%					▲
Wirtschaftlichkeit / Kosten											
Gesamtkosten	391.713 €	140.000 €	166.000 €	26.000 €	18,6%	300.000 €					▼
Anteil an den Gesamtleistungen des Landesamtes für Geologie und Bergbau	4,9%	3,9%	4,5%	0,6%	15,4%	4,0%					▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die derzeit größtenteils nur analog vorhandenen und teilweise nicht aktuellen Daten sollen zielorientiert im Maßstab 1 : 25.000 oder 1 : 50.000 überarbeitet werden. Das LGB sichert über den Zeitraum von 15 Jahren die für die Erreichung des Zieles notwendige Überarbeitung von 28 Karten, jährlich also die Fertigstellung von durchschnittlich zwei Karten, sowie alle fünf Jahre eine umfangreiche Projektkartierung für ein besonders wichtiges Teilgebiet des Landes zu.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Der Leistungsauftrag beinhaltet: Aufbau eines geowissenschaftlichen Informationssystems, fachübergreifende Datenerhebung, Festlegung von Qualitätsstandards, Bedarfsorientierung, mögliche landesweite Flächendeckung, Möglichkeiten der Aktualisierung sowie projektorientierte Vorgehensweise.

Ziel:	Zielgröße(n)		Zeit	Beginn	Ende	Soll	Stand
	Kartenmanuskripte	28	14 Jahre	01.01.2007	31.12.2020	11	9
	Gesamtkosten / Jahr	ca. 300.000 €	1 Jahr	01.01.2011	31.12.2011	1.660.000 €	1.809.599 €

Qualitäten / Bürgerorientierung

Ziel ist es, den Kunden wie der Landesregierung und deren nachgeordneten Behörden, Kommunen, Ingenieurbüros sowie Bürgerinnen und Bürgern als Planungsgrundlage zukünftig nicht einzelne thematische Karten, sondern fachübergreifende Geoinformationen und deren Interpretation zu allen wesentlichen Geothemen anzubieten.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen

Das Blatt Kriegsfeld sowie die Geologische Übersichtskarte (GÜK) 50 Donnersbergkreis (Projektkartierung) sind derzeit immer noch in der Qualitätsprüfung. Eine Veröffentlichung in 2012 kann voraussichtlich nicht erreicht werden. Die Geologische Karte (GK) 50 Blatt Trier Bucht inkl. Erläuterung liegt seit wenigen Tagen gedruckt vor, die Veröffentlichung erfolgt in den nächsten Tagen. Die GK 25 Blatt Treis-Karden ist fertig kartiert, das Manuskript wird derzeit erstellt. Im 1. Halbjahr wurden vor allem auch die Arbeiten zur GÜK 50 Westerwald, GK 25 Blatt Grünstadt-West und GK 25 Blatt Hermersberg intensiviert.
Die Arbeiten zu den einzelnen Karten wurden im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöht (Steigerung der Stundenzahl). Dadurch steigen die Gesamtkosten.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 14

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 51 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Tierproduktion, Pflanzenbau, Bienenkunde und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden wobei die Kosten einer Beratung unter 40,00 € liegen sollen. Neue Schwerpunkte der Pflanzenbauberatung sind die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und des Erosionskatasters. Beim Fachzentrum Bienen und Imkerei soll durch umfangreiche Untersuchungen im Pathologielabor eine Verbesserung der Bienengesundheit und damit eine Verringerung der Völkerverluste erreicht werden. Durch umfangreiche Untersuchungen eingesandter Honigproben im Honiglabor soll die Sicherstellung einer nachhaltigen Honigqualität erreicht werden.

Beratung											
Anzahl Beratungen	11.675	6.750	5.545	-1.205	-17,9%	12.000					▼
durchschn. Kosten pro Beratung	35,65 €	35,00 €	37,53 €	2,53 €	7,2%	38,00 €					►
Untersuchungen Pathologielabor	2.799	1.460	1.567	107	7,3%	2.500					▲
Untersuchungen Honiglabor	1.076	600	137	-463	-77,2%	800					▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe soll gesteigert und der Einsatz umweltgerechterer Produktionsverfahren intensiviert werden.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Anzahl der Einzelberatungen ist gesunken. Dies ist unter anderem auf den gesunkenen Personalbestand zurückzuführen. Da zum ersten Mal bei der Ermittlung der Kosten auch die Abschreibungen für Geräte und Einrichtungen mit berücksichtigt wurden und die Personalkosten auf Grund von Besoldungs- und Vergütungsanpassungen gestiegen sind, sind die Kosten pro Beratung gestiegen.
Die Nachfrage nach Pathologieuntersuchungen aber insbesondere nach Honiguntersuchungen erfolgt entsprechend dem Ablauf des "Bienenjahres" schwerpunktmäßig in der zweiten Jahreshälfte. Infolgedessen lässt sich für das Untersuchungsaufkommen im ersten Halbjahr keine exakte Prognose erstellen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:
Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierhaltung, Pflanzenbau, Bienenkunde und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	292	175	208	33	18,9%	250					▲
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	15.131	7.000	5.018	-1.982	-28,3%	15.000					▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	52	35	24	-11	-31,1%	60					▼
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	492	250	323	73	29,2%	400					▲
Gesamtkosten	357.418 €	210.000 €	239.289 €	29.289 €	13,9%	365.000 €					►

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Das Veranstaltungsangebot und das übrige Weiterbildungsangebot sind auf die Bedürfnisse der Betriebe abgestimmt.
Mit Beratungsrundschreiben etc. sollen die Betriebe kurzfristig auf Problematiken und Lösungsmöglichkeiten hingewiesen werden.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Zahl der Veranstaltungen wurde gesteigert, allerdings hat die durchschnittlicheTeilnehmerzahl pro Veranstaltung nicht den Planwert erreicht. Die Auswahl der Themen ergibt sich aus den Anforderungen aus der Praxis, daher kann dies, wenn Themen für spezialisierte Betriebe angesprochen werden müssen, zu sinkenden Teilnehmerzahlen führen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:
Versuchswesen in Pflanzenbau und Grünland: am DLR Westerwald-Osteifel werden Versuchsfelder im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	189.187 €	150.000 €	109.292 €	-40.708 €	-27,1%	220.000 €					▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Das Versuchsprogramm wird landesweit abgestimmt und orientiert sich an den Bedürfnissen der Betriebe.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Ein Mitarbeiter des Versuchswesens hat im Vorjahr gekündigt und dessen Ersatz ist nur teilweise erfolgt.

Anlage 14

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 51 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung: Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.											
Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	4.279.152 €	2.500.000 €	2.627.555 €	127.555 €	5,1%	4.300.000 €					►
Verfahrensfläche											
ILEK - Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept	30.617 ha	0 ha				0 ha					
Anordnung neuer Verfahren	1.638 ha	0 ha				3.546 ha					
Anlagenplan	104 ha	0 ha				2.792 ha					
Vermessungskonzept	2.788 ha	0 ha				3.546 ha					
Besitzübergang	1.255 ha	0 ha				1.041 ha					
Grundbuchberichtigung	0 ha	0 ha				5.045 ha					
Katasterberichtigung	0 ha	0 ha				5.045 ha					
Verfahrensabschluss	3.675 ha	0 ha				3.244 ha					

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 15

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 52 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule: Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs- sowie Fachschul- und Technikerklassen für Landwirte.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden. Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.											
Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	3	3	3	0	0,0%	3					▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	84	60	73	13	21,7%	60					▲
Fachschule (inkl. Techniker)											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	3	3	3	0	0,0%	3					▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	57	54	52	-2	-3,7%	54					►
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schülern je Klasse)	10,38 €	8,00 €	7,68 €	-0,32 €	-4,0%	8,00 €					▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Einsatz modernster Unterrichtsmittel (Smartboard, E-Learning). Weiterbildung der Lehrkräfte.

Sonstige Erläuterung:
Die Berechnungsgrundlage beim IST unter 'Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler' ist ab HH-Jahr 2012/2013 auf die tatsächliche Schülerzahl statt der fiktiven Meßzahl von 15 Schülern pro Klasse geändert worden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Tierproduktion, Grünland, Ernährung, Pflanzenbau und Nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo)

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung in Tierproduktion, Grünlandbewirtschaftung, Ernährung, Pflanzenbau und NaWaRo nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden. Im Jahr 2007 hatte die rheinland-pfälzische Landwirtschaft eine Beanstandungsquote von etwa 26 % bei den nach EU-Recht erforderlichen Tierkennzeichnungskontrollen im Bereich Rinderhaltung. Ziel der Beratung in der Tierhaltung durch das Dienstleistungszentrum Eifel ist es unter anderem, eine Senkung der Beanstandungsquote insbesondere bei den schweren Verstößen herbeizuführen.

Beratung											
Anzahl Beratungen	12.577	5.000	6.285	1.285	25,7%	10.000					▲
durchschn. Kosten pro Beratung	65,20 €	85,00 €	60,52 €	-24,48 €	-28,8%	85,00 €					▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Weiterbildung der Beraterinnen und Berater, Einheit von Unterricht und Beratung gewährleistet Praxisnähe.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:
Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Grünland, Ernährung, Pflanzenbau und Nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo)

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	200	136	114	-22	-16,2%	230					▼
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	20.774	6.000	5.485	-515	-8,6%	12.000					►
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	104	44	48	4	9,1%	44					▲
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	571	262	471	209	79,8%	524					▲
Gesamtkosten	295.031 €	130.500 €	133.210 €	2.710 €	2,1%	261.000 €					►

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Einsatz modernster Medien, verstärkte projektorientierte Arbeit und Seminare

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Eine Vielzahl kleinerer Veranstaltungen wurde zugunsten weniger regionaler Tagesveranstaltungen zusammengefasst.
Aufgrund dessen wurde der Prognose-/Planwert zum 31.12.2012 geändert.

Anlage 15

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 52 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:
Versuchswesen in Pflanzenbau, Grünland und NaWaRo: Am DLR Eifel wird ein Versuchsfeld im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	495.401 €	232.500 €	250.470 €	17.970 €	7,7%	500.000 €					►

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Qualitätssteigerung und Kostensenkung durch länder- und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Erfahrungsaustausch (Nordrhein-Westfalen, Deutschsprachige Gemeinschaft, Wallonische Region und Luxemburg).

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:
Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	2.907.951 €	1.662.500 €	1.517.821 €	-144.679 €	-8,7%	3.000.000 €					▲
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	1.523 ha	0 ha				995 ha					
Anlagenplan	2.158 ha	0 ha				3.392 ha					
Vermessungskonzept	1.523 ha	0 ha				0 ha					
Besitzübergang	1.845 ha	0 ha				648 ha					
Grundbuchberichtigung	0 ha	0 ha				4.586 ha					
Katasterberichtigung	0 ha	0 ha				4.586 ha					
Verfahrensabschluss	1.176 ha	0 ha				4.505 ha					

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmen in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung:
Aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre liegen die Kosten zum Jahresende bei 3.000.000 €

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 16

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 53 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule: Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs- und Fachschulklassen für Winzer und Gärtner sowie dem Dualen Studiengang Weinbau und Oenologie.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden.											
Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	24	24	25	1	4,2%	23					▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	529	520	516	-4	-0,8%	500					►
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	4	4	4	0	0,0%	4					▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	91	91	85	-6	-6,6%	100					►
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schüler je Klasse)	10,29 €	10,00 €	5,13 €	-4,87 €	-48,7%	7,00 €					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Berechnungsgrundlage beim IST unter 'Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler' ist ab HH-Jahr 2012/2013 auf die tatsächliche Schülerzahl statt der fiktiven Meßzahl von 15 Schülern pro Klasse geändert worden. Die Schülerzahlen zeigen weiterhin eine deutliche Stabilisierung in den Agrarberufen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Dualer Studienganges Weinbau und Oenologie:
Durchführung des Dualen Studienganges Weinbau und Oenologie mit den Kooperationspartnern der Fachhochschulen Ludwigshafen, Bingen und Kaiserslautern

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Eine zielgerichtete, wissenschaftlich und praktisch fundierte Ausbildung von Führungskräften in den gleichberechtigten Bereichen Weinbau, Oenologie und BWL/Marketing für die nationale und internationale Weinwirtschaft wird angestrebt.

Dualer Studiengang Weinbau und Oenologie											
Anzahl Studierende	155	155	194	39	25,2%	170					▲
Anzahl an Kooperationsbetrieben	207	220	220	0	0,0%	220					▲
Anzahl der Auslandspraktika	4	12	12	0	0,0%	12					▲
Anzahl der Absolventen	0	0	0	0	0,0%	16					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Abweichungen zum Haushalts-Planwert 31.12.2012 sind durch das neue Prosemester bedingt, das ab Juli begonnen hat und deutlich größer ist, als das abschließende 6. Semester. Da die Bachelor-Arbeiten bis zum Jahresende noch nicht abgeschlossen werden können, sind die Zielzahlen angepaßt worden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin, Gartenbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in weinbaulichen und gartenbaulichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung einschließlich Stellungnahmen und Analysen im akkreditierten Analyse- und Diagnoselabor des DLR Rheinpfalz nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.

Weinbauliche Beratung											
Ziel der weinbaulichen Beratung ist die Qualitätsförderung der Traubenproduktion, die umweltschonende Gesunderhaltung von Reben und Trauben, verstärkter Einsatz biologischer und biotechnologischer Bekämpfungsverfahren, Qualitätsverträgliche Extensivierung zur Kostensenkung der Traubenproduktion durch neue Anbausysteme und verbesserten Technikeinsatz, Anpassung von Bodenpflegeverfahren und Bodenbewirtschaftung an Vorgaben des Bodenschutzgesetzes, bedarfsgerechte Nährstoffversorgung der Reben, sowie die Implementierung der Weinbergs- und Traubenbonitursysteme und Beiträge zur Lösung von Bewirtschaftungsfragen.											
Nach Bonitursystem Neustadt bonitierte Fläche		180 ha	230 ha	50 ha	28%	230 ha					▲
Im Minimalschnittsystem bewirtschaftete Fläche		300 ha	500 ha	200 ha	67%	500 ha					▲
Im Rahmen von Bewirtschaftungsverträgen bewirtschaftete Flächen		400 ha	440 ha	40 ha	10%	440 ha					▲
Ökologisch bewirtschaftete Fläche		1.425 ha	1.500 ha	75 ha	5%	1.500 ha					▲

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 53 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Der höhere Zuwachs an ökologisch bewirtschafteter Fläche im Beratungsgebiet Pfalz ist auf drei Faktoren zurück zu führen: (1) Gute Beratung durch die zentrale Stelle am DLR RNH in Oppenheim, (2) aktive Begleitung der ökologisch wirtschaftenden Betriebe durch Beratung und Lehre vor Ort am DLR Rheinpfalz im Weinbau und der Phytomedizin, (3) starke Nachahmeffekte unter jungen Betriebsleitern, da bereits mehr als die Hälfte der VDP-Betriebe in den letzten 3 Jahren umgestellt haben. Somit wurden die Prognosen zum Jahresende abweichend vom Haushaltsplan angepasst.

Beratung zur EU-Wasserrahmenrichtlinie

Ziel der Beratung zum Themenkomplex EU Wasserrahmenrichtlinie ist es die Sensibilisierung der landwirtschaftlichen Unternehmer für diesen Bereich zu erhöhen, diese zielgerichtet zu informieren, sowie in Einzel- und Gruppenberatungen den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln an den Erfordernissen der EU-WRRL auszurichten.

Beratung											
Anzahl Beratungen incl. Stellungnahmen und Analysen		2.252	2.252	0	0%	4.500					▲
durchschn. Kosten pro Beratung/Stellungnahme/Analyse		42	42	0	0%	42					▲
Einzel- und Gruppenberatungen		116	116	0	0%	220					▲
Teilnehmerzahl, beratene Betriebe		1.331	1.331	0	0%	2.500					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die ursprünglich im HH-Plan angegebene Zahl der Beratungen wurde aufgrund deutlich abgegrenzter Datenerfassung angepaßt.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin, Gartenbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die weinbaulichen und gartenbaulichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	403	180	238	58	32,2%	400					▲
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	18.053	8.500	10.096	1.596	18,8%	18.000					▲
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	45	45	42	-3	-5,7%	45					►
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	1.033	600	729	129	21,5%	1.200					▲
Gesamtkosten	435.170 €	230.000 €	229.112 €	-888 €	-0,4%	435.000 €					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die höhere Gesamtzahl der Veranstaltungen und TN-Zahl ist durch eine Verlagerung von Terminen ins 1. Hj. begründet. Die durchschn. TN-Zahl ist lediglich einer geringfügig höheren Zahl an Veranstaltungen im Verhältnis zu den TN-Zahlen begründet. Die Gesamtkosten sind gegenüber dem Vorjahr nicht gestiegen. Aufgrund der erbrachten Stunden i.V.m. den gestiegenen Personalkosten wurde der Prognosewert der Gesamtkosten angepasst.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Forschung / Versuchswesen:

Angewandte Forschung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin im Weinbau und Phytomedizin im Gartenbau.
Versuchswesen in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin und Gartenbau: am DLR Rheinpfalz werden Lehr- und Versuchsbetriebe im Bereich Weinbau, Obstbau, Gemüsebau, Zierpflanzenbau sowie Heil- und Gewürzpflanzenbau unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel des **Versuchswesens** ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit.
Forschung in Weinbau, Oenologie und Phytomedizin Weinbau im Kompetenzzentrum Weinforschung für das gesamte Land Rheinland-Pfalz.
Ziel ist die Erforschung komplexer Wirkzusammenhänge im Kontext Gesunderhaltung von Reben und Trauben, nachhaltiger Erzeugung hochwertiger Trauben, qualitätsorientierter und ressourcenschonender Traubenverarbeitung und Weinbereitung und ihrer gezielten Steuerung, sowie - der Bereitstellung betriebswirtschaftlicher Instrumente zur Verbesserung des Betriebserfolges. Hierbei werden in Kooperationen mit nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen und Universitäten neue Methoden entwickelt und angewandt, um für bisher nicht verstandene Probleme und Phänomene eine wissensbasierte Lösung zu generieren.

Angewandte Forschung und Versuchswesen											
Zahl der Forschungsprojekte		112	112	0	0,0%	110					▲
davon Drittmittelfinanziert		69	69	0	0,0%	64					▲
Eigenanteil Gesamtkosten angewandte Forschung		866.612 €	466.987 €	-399.624 €	-46,1%	900.000 €					▲
Gesamtkosten Versuchswesen	4.187.002 €	2.500.000 €	1.852.081 €	-647.919 €	-25,9%	3.100.000 €					▲
Anzahl Versuche/Untersuchungen			4.305			7.375					

Anlage 16

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 53 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Verdichtungen zur angewandten Forschung am DLR Rheinpfalz werden in dieser Form erstmals dargestellt. Die Reduzierung der Gesamtkosten des Versuchswesens beruht auf der nun getrennten Darstellung. Die Zielzahlen des Haushaltsplans wurden aufgrund realitätsnaher Zahlen korrigiert.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Hochwasserschutzmaßnahmen des Bundes und des Landes werden bodenordnerisch begleitet. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	3.199.553 €	1.900.000 €	1.658.025 €	-241.975 €	-12,7%	3.200.000 €					▲
Verfahrensfläche											
ILEK - Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept	9.215 ha	0 ha				1.071 ha					
Anordnung neuer Verfahren	2.452 ha	0 ha				280 ha					
Anlagenplan	775 ha	0 ha				446 ha					
Vermessungskonzept	745 ha	0 ha				328 ha					
Besitzübergang	979 ha	0 ha				55 ha					
Grundbuchberichtigung	33 ha	0 ha				1.096 ha					
Katasterberichtigung	19 ha	0 ha				1.096 ha					
Verfahrensabschluss	162 ha	0 ha				1.250 ha					

Qualitäten / Bürgerorientierung:

In Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG steht grundsätzlich die Privatnützigkeit im Vordergrund und ist demzufolge apriori bürgerorientiert. Sie dient vorrangig der Entwicklung der ländlichen Räume, u.a. dem Erhalt der landwirtschaftlichen Nutzung und damit nachhaltig der Erhaltung der Kulturlandschaften.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 17

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 54 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule:
Unterricht in der "Berufsbildenden Schule" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufsschulklassen für Winzer und Weinküfer.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden. Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen		7	7	0	0,0%	7					▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen		140	144	4	2,9%	140					▲
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler		7,20 €	7,00 €	-0,20 €	-2,8%	7,20 €					▲

Sonstige Erläuterung:
Die Berechnungsgrundlage beim IST unter 'Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler' ist ab HH-Jahr 2012/2013 auf die tatsächliche Schülerzahl statt der fiktiven Meßzahl von 15 Schülern pro Klasse geändert worden. Die Berufsschulklassen Winzer und Weinküfer sind dem DLR Mosel zugeordnet.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Weinbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden, wobei die Kosten einer Beratung unter 55,00 € liegen sollen.

Beratung											
Anzahl Beratungen	18.418	10.000	8.494	-1.506	-15,1%	10.000					▼
durchschn. Kosten pro Beratung	26,27 €	30,00 €	33,35 €	3,35 €	11,2%	32,00 €					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Bemühungen zur Organisationsoptimierung zeigen eine deutliche Verbesserung: Kosten pro Beratung in 2009: 55,34 €, Kosten pro Beratung in 2010: 41,09 €. Auch bei weiter sinkendem Personalstand wird versucht, die Optimierung weiterzuführen. Vegetationsbedingt ist im 2. Halbjahr eine Zunahme der Beratungen zu erwarten.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:
Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Weinbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	124	70	68	-2	-2,9%	125					►
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	5.277	4.000	5.930	1.930	48,3%	6.500					▲
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	43	58	87	29	50,0%	52					▲
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	161	70	125	55	78,6%	200					▲
Gesamtkosten	263.518 €	150.000 €	135.515 €	-14.485 €	-9,7%	265.000 €					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Weiterbildungsangebot wird seit Jahren in Richtung von Gruppenberatung, Workshops und Information mittels elektronischer Medien modifiziert. Hiermit wird u.a. den geänderten Anforderungen und dem sinkenden Personalstand Rechnung getragen. Die Gesamtanzahl der Veranstaltungen ist dementsprechend rückläufig, die Teilnehmerzahl und Effektivität aber steigend.
Die Prognosewerte zum 31.12.2012 wurden abweichend vom HH-Plan 2012/2013 aufgrund der bereits erreichten Ziele linear angepasst.

Anlage 17

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 54 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:
Versuchswesen im Weinbau: am DLR Mosel wird ein Versuchsbetrieb im Weinbau unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft. Durch die Reduzierung der Versuchsflächen am Steillagenzentrum in Bernkastel-Kues wird eine Kostenreduzierung von etwa 650.000 € erwartet.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	1.118.209 €	600.000 €	292.030 €	-307.970 €	-51,3%	680.000 €					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Kosten für das Versuchswesen haben sich in den letzten Jahren durch Verringerung der Versuchsparzellen deutlich verringert.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:
Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	3.977.841 €	2.216.667 €	2.399.584 €	182.917 €	8,3%	3.950.000 €					►
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	437 ha	0 ha				374 ha					
Anlagenplan	1.214 ha	0 ha				4.329 ha					
Vermessungskonzept	294 ha	0 ha				374 ha					
Besitzübergang	2.864 ha	0 ha				853 ha					
Grundbuchberichtigung	56 ha	0 ha				7.366 ha					
Katasterberichtigung	56 ha	0 ha				7.366 ha					
Verfahrensabschluss	3.307 ha	0 ha				6.137 ha					

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 55 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule: Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs-, Berufsfachschul-, Berufsoberschul-, Fachschul- und Technikerklassen für Landwirte, Winzer, Gärtner, Pferdewirte und Forstwirte.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden. Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.											
Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	31	33	31	-2	-6,1%	33					►
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	650	630	650	20	3,2%	630					▲
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	11	9	11	2	22,2%	9					▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	219	190	219	29	15,3%	190					▲
Anzahl Schüler sonstiger Klassen	16	24	16	-8	-33,3%	24					▼
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schüler je Klasse)	11,18 €	9,00 €	8,35 €	-0,65 €	-7,2%	9,00 €					▲

Abweichungserläuterungen und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Zahl der Anmeldungen in den Berufsschulklassen ist im Vergleich zu Vorjahren leicht rückläufig, vermutlich als erste Auswirkungen der rückläufigen Geburtenraten.
Aufgrund eines gewissen Bewerberstaus konnten im aktuellen Schuljahr 4 Fachschulklassen (Landbau) gebildet werden; insofern wird für den nächsten Winter wieder ein Rückgang prognostiziert.
Keine Klassenbildung in der BF1 und BF2; vermutlich aufgrund geringer Bewerberzahlen auf Dauer
Durch zusätzliche Informationsveranstaltungen in abgebenden Schulen (Hauptschulen, Realschulen Plus) soll dieser Entwicklung gegengesteuert werden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung: Beratung in Pflanzenbau, Weinbau und Ernährung											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden, wobei die Kosten einer Beratung unter 50,00 € liegen sollen. Ziel der Beratung durch das Dienstleistungszentrum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück ist es unter anderem, eine Steigerung des Anteils der Pflanzenschutzgeräte mit Abdrift mindernder Technik im Ackerbau, gemessen am zweijährigen Durchschnitt der Pflanzenschutzgerätekontrollen der ADD für die vorangegangenen beiden Jahre, herbeizuführen.											
Beratung											
Anzahl Beratungen	20.907	10.500	13.642	3.142	29,9%	18.000					▲
durchschn. Kosten pro Beratung	53,02 €	50,00 €	45,89 €	-4,11 €	-8,2%	50,00 €					▲
Anteil der Pflanzenschutzgeräte mit abdriftmindernder Technik im Ackerbau	52,00%	52,00%	52,00%	0,00%	0,0%	52,00%					▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung: Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Pflanzenbau, Weinbau und Ernährung - sowie die landesweite Koordinierung im Pflanzenbau.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Die Zugriffszahlen auf Fachinformationen der Internetportale sollen erhöht werden. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.											
Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	336	262	214	-48	-18,3%	450					▼
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	20.416	8.750	7.322	-1.428	-16,3%	15.000					▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	61	33	34	1	3,7%	33					▲
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	1.010	408	548	140	34,3%	700					▲
Tägliche Zugriffe mit längerer Verweildauer auf die Seiten des Internet-Angebots aller DLR	135.000	81.666	139.222	57.556	70,5%	140.000					▲
Gesamtkosten	605.525 €	350.000 €	336.518 €	-13.482 €	-3,9%	600.000 €					▲

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 55 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Anzahl der Veranstaltungen sind im Vergleichszeitraum 2011 um 10 Veranstaltungen gestiegen. Die geringere Anzahl an Veranstaltungen gegenüber dem Prognosewert ist vermutlich auch auf das verbesserte Internetangebot und das gestiegene Angebot bzw. die gestiegene Nachfrage an zielgruppenorientierten Beratungsrundschreiben etc. zurückzuführen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:

Am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück werden ein Versuchsfeld im Bereich Landwirtschaft sowie Versuchsbetriebe im Weinbau unterhalten und die Koordinierung des rheinland-pfälzischen Versuchswesens im Pflanzenbau durchgeführt.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	1.854.722 €	1.020.833 €	971.273 €	-49.560 €	-4,9%	1.750.000 €					▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.
Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	4.337.455 €	2.600.000 €	2.212.510 €	-387.490 €	-14,9%	4.000.000 €					▲
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	3.609 ha	0 ha				1.177 ha					
Anlagenplan	1.814 ha	0 ha				1.854 ha					
Vermessungskonzept	2.944 ha	0 ha				2.315 ha					
Besitzübergang	1.737 ha	0 ha				1.681 ha					
Grundbuchberichtigung	0 ha	0 ha				3.327 ha					
Katasterberichtigung	0 ha	0 ha				3.327 ha					
Verfahrensabschluss	711 ha	0 ha				1.717 ha					

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 56 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung: Beratung in Tierproduktion, Pflanzenbau und Ernährung **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden wobei die Kosten einer Beratung unter 60 € liegen sollen. Im Jahr 2009 hatte die rheinland-pfälzische Landwirtschaft eine Beanstandungsquote von etwa 23 % bei den nach EURecht erforderlichen Tierkennzeichnungskontrollen im Bereich Rinderhaltung. Ziel der Beratung in der Tierhaltung durch das Dienstleistungszentrum Westpfalz ist es unter anderem, eine Senkung der Beanstandungsquote insbesondere bei den schweren Verstößen herbeizuführen.											
Beratung											
Anzahl Beratungen	5.902	3.500	3.105	-395	-11,3%	6.000					►
durchschn. Kosten pro Beratung	60,22 €	60,00 €	56,03 €	-3,97 €	-6,6%	60,00 €					▲
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung: Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Pflanzenbau und Ernährung **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine weitere quantitative Steigerung in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.											
Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	226	134	99	-35	-26,2%	250					▼
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	6.441	3.792	2.094	-1.698	-44,8%	13.000					▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	29	30	21	-9	-30,0%	43					▼
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	112	82	74	-8	-9,4%	150					►
Gesamtkosten	142.913 €	87.500 €	68.552 €	-18.948 €	-21,7%	150.000 €					▲
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen: Versuchswesen in Tierhaltung, Pflanzenbau und Grünland: am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz wird ein Versuchsbetrieb im Bereich Landwirtschaft unterhalten. **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.											
Versuchswesen											
Gesamtkosten	161.864 €	100.000 €	87.386 €	-12.614 €	-12,6%	170.000 €					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Aufgrund des derzeitigen Personalstandes konnte und kann die Anzahl der Beratungen nicht gehalten werden.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Anzahl an Veranstaltungen konnte durch die Personalveränderungen nicht mehr gehalten werden. Da bei den tierhaltenden Betrieben ein rasanter Strukturwandel (Milch- und Ferkelproduktion) stattfindet, werden auch die Veranstaltungsteilnehmer weniger. Daher wurde der Prognose-/Planwert zum 31.12.2012 bei der Gesamtzahl der Veranstaltungen von 300 auf 250 reduziert.

Anlage 19

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 56 im Haushaltsjahr 2012
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	2.417.827 €	1.400.000 €	1.245.205 €	-154.795 €	-11,1%	2.500.000 €					▲
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	390 ha	0 ha				200 ha					
Anlagenplan	573 ha	0 ha				484 ha					
Vermessungskonzept	590 ha	0 ha				0 ha					
Besitzübergang	2.950 ha	0 ha				350 ha					
Grundbuchberichtigung	0 ha	0 ha				2.770 ha					
Katasterberichtigung	0 ha	0 ha				2.770 ha					
Verfahrensabschluss	357 ha	0 ha				4.505 ha					

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.
Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 20

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 09 19 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Projekt PES - Vertretung von Unterricht

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Der temporäre Unterrichtsausfall wegen Abwesenheit von Lehrkräften aus den unterschiedlichsten Gründen soll so weit wie möglich reduziert werden. Zugleich soll die Selbstverantwortung der Schulen im Rahmen der Qualitätsentwicklung im Bereich der Organisation und Durchführung von Vertretungsunterricht gestärkt werden. Das Erhebungsinstrument zur Erfassung des temporären Vertretungsbedarfs sowie die ergriffenen Regulierungsmaßnahmen werden weiter entwickelt. Anzustreben ist eine Reduzierung des temporären Unterrichtsausfalls an den PES-Schulen in einer Größenordnung auf ein Drittel bzw. auf die Hälfte bezogen auf den temporären Unterrichtsausfall an PES-Schulen in einem Schuljahr. Durch die intensive konzeptionelle Beschäftigung mit der Vertretung von Unterricht soll diesbezüglich eine Qualitätssteigerung bei den teilnehmenden Schulen bewirkt werden.

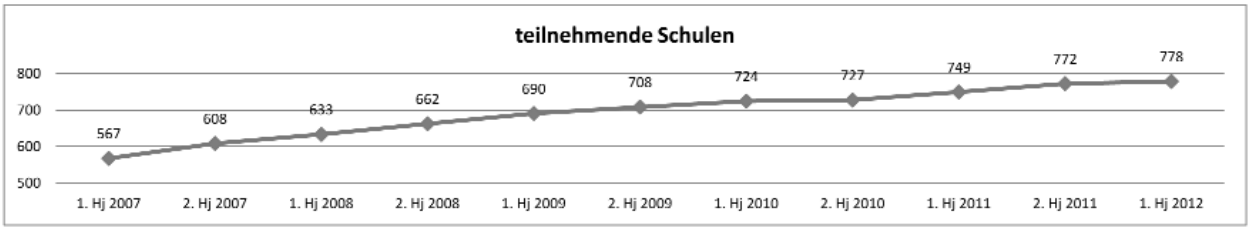
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Die Ausweitung des Projektes auf freiwilliger Basis wird weiterverfolgt. Neu errichtete Schulen nehmen verpflichtend am Projekt teil. Am 31. Juli 2012 befanden sich 778 Schulen aller Schularten im Projekt, darunter 210 Ganztags-Grundschulen und Schwerpunktschulen. Bis zum 31. Dezember 2012 wird der weitere Ausbau vorangetrieben. Zum Stichtag 31. Januar 2012 hatten die Projektschulen nach Regulierung einen temporären Unterrichtsausfall von 2,58 %. Die Projektschulen werden in unterschiedlich zugeschnittenen Fortbildungsveranstaltungen, Dienstbesprechungen und Rundschreiben regelmäßig über aktuelle Themen der Portaltechnik, des Arbeits- und Vertragsrechts und der Statistik informiert. Des Weiteren finden themenbezogene Schulungen in modularisierter Form statt. Für neu errichtete Schulen, die verpflichtend am Projekt teilnehmen, findet eine individuelle Beratung durch die PES-Beraterinnen und -Berater in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht statt. Die Schulungsaktivitäten werden kontinuierlich weitergeführt. Auch die Portaltechnik wird kontinuierlich weiterentwickelt. Bei den Istwert- und Planwert-Zahlen kommt es in der Folge der Schulstrukturreform teilweise zu Überlagerungen, was Unschärfen zur Folge hat. Aufgrund der Schulstrukturreform und der damit einhergehenden Veränderung der Zahl der Schulen im Land kann nur eine grobe Einschätzung der weiteren Entwicklung abgegeben werden.

Mengen											
Anzahl der Schulen	772	805	778	-27	-3,4%	795					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Teilnahme an dem Projekt ist nach wie vor freiwillig. Deshalb kann auf die Zahl der teilnehmenden Schulen nur begrenzt Einfluss genommen werden. Die prognostizierte Zahl der teilnehmenden Schulen zum 31.12.2012 wurde im Vergleich zu den Angaben im Haushaltsplan auf 795 reduziert, da die Erwartung angepasst werden musste und die Auswirkungen der Schulstrukturreform zu berücksichtigen sind. Siehe hierzu auch die oben genannten Erläuterungen.



Anzahl der Schulungsmaßnahmen	26	30	28	-2	-6,7%	25					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Schulaufsicht wurde stärker in das PES eingebunden. PES ist Thema der regionalen Schulleiterdienstbesprechungen. Die Schulleiter behandeln dieses Thema bei Dienstbesprechungen und Konferenzen an der Schule. Unter Federführung der Schulaufsicht werden in regionalen Netzwerken verstärkt PES-Probleme besprochen. Neu errichtete Schulen wurden in Schulleiterdienstbesprechungen und individuell durch die PES-Beraterinnen und -Berater sowie Mitglieder der Steuerungsgruppe über PES informiert. 6 Fortbildungsveranstaltungen pro Schulhalbjahr werden vom PL in Boppard angeboten. Die Schule hat die Möglichkeit, ausgebildete PES-Beraterinnen und PES-Berater anzufordern. Eine genaue zahlenmäßige Erfassung der Schulungsveranstaltungen wäre mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden. Die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen kann daher nur geschätzt werden. Die prognostizierte Zahl der Veranstaltungen zum 31.12.2012 wurde entsprechend der konkretisierten Planung für das 2. Halbjahr im Vergleich zu den Angaben im Haushaltsplan um 5 reduziert.

Temporärer Unterrichtsausfall		2,21% bis 2,8%	2,58%			2,60%					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Erhebungsstichtag für das Schuljahr 2011/2012 ist der 29. Juni 2012. Ergebnisse für das Schuljahr 2011/2012 werden frühestens im Oktober 2012 vorliegen. Daher ist eine Aussage zum IST-Wert zum 31. Juli 2012 nicht möglich; stattdessen beziehen sich die Angaben auf das 1. Schulhalbjahr 2011/2012 (Stichtag 31.01.2012). Zur Erläuterung: Die Stichtage für den Abschluss der Schulhalbjahresstatistik und Schuljahresstatistik sind der 31. Januar bzw. der letzte Schultag im Schuljahr.

Wirtschaftlichkeit / Kosten	10.892.775	6.600.000	4.464.078	-2.135.922	-32,4%	13.645.000					▲

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 21

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 09 82 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS)

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Aufgabe der AQS ist es, basierend auf dem Orientierungsrahmen Schulqualität (ORS) regelmäßig externe Evaluationen an allen rd. 1.600 staatlichen Schulen des Landes durchzuführen und die dazu notwendigen Zielvorgaben, Instrumente und Verfahren zu entwickeln. Sie erstellt auf der Grundlage schulstatistischer Daten, Befragungsdaten sowie regelmäßiger Schul- und Unterrichtsbesuche einen Bericht zur Qualitätsarbeit an der jeweiligen Schule. Der Bericht ist Grundlage für Zielvereinbarungen zwischen der einzelnen Schule und der zuständigen Schulaufsicht.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

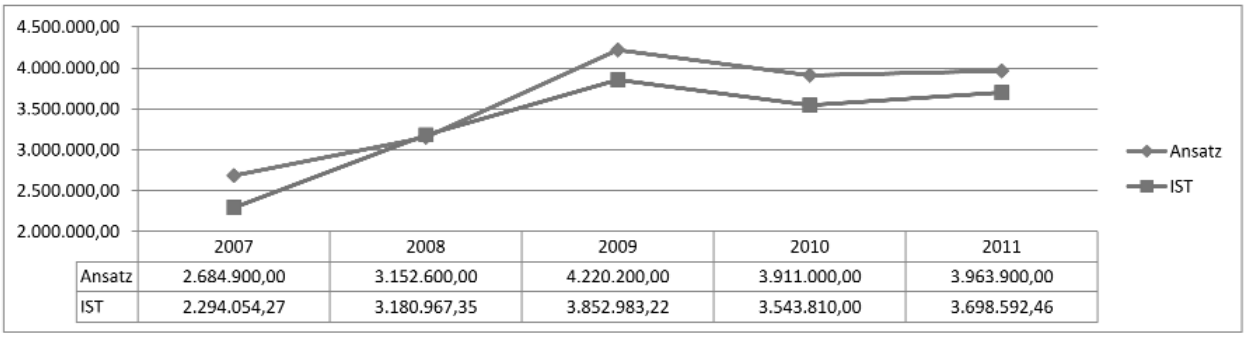
	1. Hj 2009	2. Hj 2009 [1]	1. Hj 2010	2. Hj 2010	1. Hj 2011	2. Hj 2011	1. Hj 2012	2. Hj 2012	1. Hj 2013	2. Hj 2013
Evaluationsbesuche	150	200	210	210	240	246	50	178	165	165
Evaluationsberichte	150	150	200	250	250	250	50	178	165	165
Weiterführung aller Qualifizierungsmaßnahmen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Weiterführung aller Informationsaktivitäten	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse bisheriger Evaluationen				x	x	x		x		x

1) Umzug nach Bad Kreuznach

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Mengen											
Anzahl der Schulbesuche (Evaluationen)	143	55	55	0	0,0%	228					▲
Anzahl der Berichte	207	76	90	14	18,4%	228					▲
Anzahl geschulter Personen	21	140	182	42	30,0%	160					▲
Anzahl der Info-Veranstaltungen	11	5	6	1	20,0%	10					▲
Teilnehmerzahl der Info-VA	268	200	196	-4	-2,0%	550					►
Wirtschaftlichkeit / Kosten	3.698.592 €	2.110.000 €	1.927.683 €	-182.317	-8,6%	3.550.000 €					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Unterschreitung der Teilnehmerzahl resultiert aus der Reduzierung der zu evaluierenden Schulen im zweiten Halbjahr 2012, da folglich weniger Schulen eingeladen wurden. Zudem haben nicht alle Schulleiter/innen die Einladung wahrgenommen.



	2007	2008	2009	2010	2011
Ansatz	2.684.900,00	3.152.600,00	4.220.200,00	3.911.000,00	3.963.900,00
IST	2.294.054,27	3.180.967,35	3.852.983,22	3.543.810,00	3.698.592,46

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 22

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 10 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Landesforsten Rheinland-Pfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Produktbereich Staatswaldbewirtschaftung: Bereitstellung des umweltfreundlichen Rohstoffs Holz und sonstiger Waldprodukte im Staatswald, Bewirtschaftung des Staatswaldes in Form der naturnahen Waldwirtschaft.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Einschlag und Verkauf des Rohstoffes Holz unter Beachtung der Nachhaltigkeit.

Ernte und Verkauf von Rohholz											
Mengen [Festmeter]	1.162.000	500.000	529.200	29.200	5,8%	1.104.000					▲
Erlöse (€)	70.840.000	27.500.000	33.061.000	5.561.000	20,2%	66.700.000					▲
Durchschnittserlös €/fm	61	55	62	7	13,6%	60					▲

Erlöse aus Sachgütern											
Erlöse (€)	2.060.000	800.000	572.200	-227.800	-28,5%	1.840.000					▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Erlöse aus Sachgütern, zu denen insbesondere auch die Einnahmen aus der Jagdbewirtschaftung zählen, werden im Hinblick auf die im 2. Halbjahr noch stattfindenden Jagdveranstaltungen und den hierbei zu realisierenden Einnahmen den Planwert von 1.840.000 Euro erreichen. Insoweit sind zum jetzigen Berichtszeitpunkt keine Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Produktbereich Umweltvorsorge: Schützen der natürlichen Lebensgrundlagen und Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts durch Wahrung der vielfältigen Schutzfunktionen des Waldes.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Standortkartierung, Flächenmanagement, Entwicklung naturnaher Wälder. Sicherung der räumlich funktionalen Bedeutung, einer hierauf abgestimmten Bewirtschaftung und der wissenschaftlichen Begleitung vor dem Hintergrund der notwendigen Anpassungen auf die Herausforderungen des Klimawandels und im Hinblick auf die Sicherung seiner Zukunftsfähigkeit.

Neuanlage, Erhaltung und Wiederbegründung naturnaher Wälder											
Menge (ha)	1.120	350	208	-142	-40,6%	500					▼

Bodenschutzkalkung											
Mengen [Hektar]	5.008	0	0	0	0,0%	5.000					▲

waldökosystembezogene Planungen											
Betriebspläne (Forsteinrichtung) (ha)	78.000	40.000	50.000	10.000	25,0%	70.000					▲
Standortkartierung (ha)	10.000	5.000	5.000	0	0,0%	10.000					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Pflanzmaßnahmen sind stark witterungsabhängig. Das trockene Frühjahr hat die Pflanzperiode verkürzt. Es ist geplant, einen Teil der nicht durchgeführten Maßnahmen durch Herbstpflanzungen zu kompensieren.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Produktbereich Erholung und Umweltbildung: Entwicklung und Stärkung des Wissens über das Ökosystem Wald und seiner nachhaltigen Nutzung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
"Treffpunkt Wald", Waldführungen, Waldjugendspiele, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Ganztagsschule und waldpädagogische Ferienbetreuung.

landesweite Initiative "Treffpunkt Wald"											
Anzahl der Veranstaltungen	1075	300	274	-26	-8,7%	420					►

Führungen, Seminare, Programme und Projekttage											
Anzahl der Teilnehmer	78.700	35.000	30.500	-4.500	-12,9%	70.000					►

Waldjugendspiele, Waldjugendspiele für Behinderte und "Wald ohne Grenzen"											
Anzahl der Teilnehmer	23.100	23.000	21.240	-1.760	-7,7%	21.240					►

Anlage 22

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2012/2013
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 10 im Haushaltsjahr 2012
Aufgabenbereich: Landesforsten Rheinland-Pfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2011 [1]	Planwert zum 31.07.2012 [1]	Istwert zum 31.07.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2012 [1]	Istwert zum 31.12.2012 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2013 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Freiwilliges Ökologisches Jahr											
Anzahl der Teilnehmer	106	100	105	5	5,0%	100					▲
Ganztagsschulen											
Anzahl der Gruppen	36	33	36	3	9,1%	36					▲
"Waldferien für Kids" (waldpädagogische Ferienbetreuung)											
Anzahl der Programmwochen	54	25	30	5	20,0%	45					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Zielzahl der Veranstaltungen zur landesweiten Initiative "Treffpunkt Wald" wurde zum 31.07.2012 nur knapp verfehlt. Zum Jahresende ist mit 420 prognostizierten Veranstaltungen jedoch mit einem guten Ergebnis zu rechnen. Mit 30.500 Teilnehmern an den "Führungen, Seminaren, Programmen und Projekttagen" bleibt der Istwert leicht hinter dem Planwert zum 31.07.2012 zurück. Es ist jedoch davon auszugehen, dass am Jahresende noch 70.000 Teilnehmende erreicht werden. Die geringere Teilnehmerzahl an den Waldjugendspielen ist durch die teilweise sehr schlechte Witterung bedingt.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Unterstützung anderer Waldbesitzer, Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Aktive Arbeitsmarktpolitik für den ländlichen Raum, Aus- und Fortbildung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Beratung, Bewirtschaftung von kommunalen und privaten Wäldern, Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Der Landesbetrieb Landesforsten Rheinland-Pfalz bildet weiterhin deutlich über seinem nachhaltigen Bedarf hinaus auf einem sehr hohen Niveau aus. Dies gilt sowohl für die Anzahl der Ausbildungsplätze als auch für die Qualität der Ausbildung in den verschieden Berufsbildern. So stellt Landesforsten gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen hochwertige Ausbildungsplätze zur Verfügung und leistet damit einen wichtigen Beitrag, um junge Menschen für ihren Einstieg ins Berufsleben zu qualifizieren.

Ausbildung											
Anzahl der Auszubildenden	176	165	167	2	1,2%	167					▲
Bewirtschaftung kommunaler Wälder											
Staatl. beförsterte Kommunalwaldfläche [Hektar]	279.000	279.000	279.500	500	0,2%	279.300					▲
Bewirtschaftung privater Wälder und Beratung privater Waldbesitzer											
Bewirtschaftete und beratene Fläche [Hektar]	166.000	166.000	165.400	-600	-0,4%	165.400					►
Förderung des Cluster Forst und Holz im Leistungsauftrag											
geförderte Projekte (Gesamtvolumen)	1.289.000	800.000	480.000	-320.000	-40,0%	900.000					▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Vor dem Hintergrund von Ausschreibungs- und Bauverzögerungen im(in) Projekt(teilen) konnte bisher nur ein verminderter Mittelabruf getätigt werden. Der prognostizierte Mittelabfluss bewegt sich insgesamt dennoch im Rahmen des für das Förderprojekt veranschlagten Gesamtbudgets.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 23

Kosten- und Leistungsrechnung

Einrichtung	Umsetzungsstatus
Kapitel 03 06 Statistisches Landesamt	Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Kontierung auf Tätigkeiten, interne Leistungsverrechnung, Kennzahlen-auswertung (MACH, Eigenentwicklung)
Kapitel 03 10 Polizeibehörden	Kostenstellenrechnung, Benchmarking, (Web-IRM@, MS Exel)
Kapitel 03 17 Landesbetrieb Daten und Information	Kaufmännische Buchführung (SAP R/3)
Kapitel 03 22 Landesamt für Vermessung und Geo-basisinformation und Vermessungs- und Katasterämter	LVermGeo: Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, erste Benchmarks (MACH) VermKÄ: Einführung MACH zum 01.01.2010 Einführung der MACH-Anlagenbuchhaltung Beginn Konzeptionierung Berichtswesen
Kapitel 03 80 SGD Nord	Erweiterte KLR innerhalb des Pilotbereichs 1, Kostenarten- und Kostenstellenrechnung, interne Leistungsverrechnung, Einrichtung von Kostenträgern, (MACH und selbstentwickelte Software für Anlagenbuchhaltung)
Kapitel 03 82 Aufsichts- und Dienstleistungs-direktion	Verfeinerung der Kostenstellenstrukturen und Produktkataloge, Zeiterfassung, Einrichtung von Kennzahlen, Qualitätsindikatoren, Planzahlen im Testsystem und Leistungsverrechnung (MACH)
Kapitel 04 04 Oberfinanzdirektion Koblenz und Finanzämter	Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern
Kapitel 04 07 Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle bei der OFD	Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, GUV/Profitcenterabrechnung, Verfeinerung des Berichtswesens (SAP ECC 6.0, Module FI und CO in Verbindung mit KLeist, IRMA, SAP-IPEMA und Carla)
Kapitel 04 10 Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung	Echtbetrieb mit kaufmännischer Buchführung (SAP R/3)
Kapitel 05 04 Arbeitsverwaltungen in den Justizvollzugsanstalten	Einsatz einer Access-basierten KLR in den vier Justizvollzugsanstalten (JVA) mit Eigenbetrieben; Implementierung der landeseinheitlichen KLR-Software (MACH) seit April 2010 in der Pilotanstalt JVA Diez. Nach einer Testphase könnte im Jahr 2012 der Übergang zum Echtbetrieb starten. Erwartung erheblicher Projektverzögerungen aufgrund eines vom Landesrechnungshof angeforderten Sicherheitskonzeptes.

Kapitel 06 04 **Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung**	Vollkostenrechnung, Entwicklung eines Produktcontrollings, zu quantitativen Kennziffern soll ein qualitatives Bewertungsschema hinzukommen, dies liegt für sieben Pilotprojekte vor (MACH), Überarbeitung des Produktkataloges
Kapitel 06 13 – 06 15 **Landesschulen für Sinnesbehinderte**	Vollkostenrechnung für den Sozialbereich; Einrichtung der KLR seit 2010 (MACH), seit März 2011 Erfassung von Arbeitszeiten auf Produkte
Kapitel 08 03 **Landesamt für Geologie und Bergbau**	Kostenarten-, Kostenstellen- und Projektkostenrechnung, Anlagenbuchhaltung; Plankostenrechnung stichprobenhaft, Verrechnungen gemäß Stufenleiterverfahren (MACH)
Kapitel 08 05 **Landesamt für Mess- und Eichwesen**	Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, Verrechnungen gemäß Stufenleiterverfahren (MACH)
Kapitel 08 06 **Landesbetrieb Mobilität**	Echtbetrieb mit kaufmännischer Buchführung (SAP-Module)
Kapitel 08 51 - 08 56 **Dienstleistungszentren Ländlicher Raum**	Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Verrechnungen gemäß Stufenleiterverfahren
Kapitel 09 05 **Universität Mainz**	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung; Einrichtung von Kostenträgern und Leistungsverrechnern (MACH, IBM Cognos) Ermittlung von Gemeinkostenzuschlagssätzen auf Kostenstellen, Ausdifferenzierung nach Kostenträgern für 2011 angestrebt, Beschluss eines Pilotversuchs zur Zeitaufschreibung
Kapitel 09 06 **Universität Trier**	Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung (HIS)
Kapitel 09 07 **TU Kaiserslautern**	Implementierung einer Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung (MACH, HIS)
Kapitel 09 09 **Universität Koblenz-Landau**	Überarbeiteter Kostenstellenplan wurde zum Jahreswechsel 2009/2010 eingeführt; es wird auf Kostenarten und Kostenstellen gebucht, weitere Kostenträger sollen definiert werden (HIS). Es wird die Einführung der neuen Softwaregeneration HISinOne angestrebt: Umsetzung des Berichtswesens Ende 2011, Umsetzung der KLR bis 2013, Migration der Systeme für das Ressourcenmanagement bis 2015
Kapitel 09 11 **Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer**	Fortentwicklung und Verfeinerung der Kostenrechnung, Ermittlung von Kennzahlen für die Bewertung wissenschaftlicher Leistungen, Prüfung der Beschaffung einer Kostenrechnungssoftware sowie Einführung einer Ergebnissoftware (Irm@, Microsoft-Excel und Access)
Kapitel 09 61 **FH Bingen**	Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung ist in Planung (HIS)

Kapitel 09 62 **FH Kaiserslautern**	Beginn 01/2010 für die Einführung der Vollkostenrechnung (HIS), Erstellung von KLR-Auswertungen sowie Ermittlung von Gemeinkostensätzen
Kapitel 09 64 **FH Ludwigshafen**	Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, Etablierung eines Berichtswesens (HIS)
Kapitel 09 65 **FH Mainz**	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung (HIS)
Kapitel 09 66 **FH Trier**	Überarbeitung der Kostenarten und Kostenstellen ist erfolgt, aktuelle Überarbeitung der Inventarstammdaten, Entwicklung einer Kostenträgerhierarchie (HIS)
Kapitel 09 67 **FH Worms**	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung (HIS), Umsetzung der Trennungsrechnung u. Berechnung von Overheadsätzen, Weiterentwicklung des Berichtswesens u. die verursachungsgerechte Verteilung von Kosten
Kapitel 14 10 **Landesforsten Rheinland-Pfalz**	Echtbetrieb, Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung auf Vollkostenbasis (MACH)
Kapitel 14 85 **Landesuntersuchungsamt**	Vollkostenrechnung im Fachbereich Tiermedizin mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung inkl. Zeitaufschreibung; Ausbau der KLR auf weitere Organisationseinheiten folgt (MACH)
Kapitel 20 02 **Staatsbäder**	Kaufmännische Buchführung im Produktivbetrieb mit KLR seit 2006 (Systema)